

KOSTENLOS

Gegegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Nummer 155

Wilhelmshaven

November 1999

Schöne Aussichten für den Geniusstrand

Wilhelmshavens Hafenwirtschaftsvereinigung spielt mit gezinkten Karten - und alle spielen mit - Seite 3 -



Wegweiser

Welche Chancen hat der JadeWeserPort? Auf der [Seite 3](#) dieser Ausgabe geht es u.a. um die sehr emsige europäische Konkurrenz.



Noch einmal der „Fall Simmersbach“. [Seite 5](#): Darf ein Sozialdemokrat gegen seine Genossen zur Wahl antreten?

[Seite 6](#): Gesundheitsreform: Patienten sind sauer auf die Ärzte, Ärzte sind sauer auf den Gesetzgeber. Sollten sie vielleicht besser gemeinsam streiten?

Es ist gar nicht so einfach von der Sozialhilfe loszukommen, wenn das Sozialamt sich querstellt. Auf [Seite 7](#) geht es um die Finanzierung eines Umzuges, um eine Arbeitsstelle antreten zu können.

Propheten und Heilige mit menschlichem Antlitz und ohne Heiligenschein gibt es auf [Seite 8](#) zu bewundern: War die Schöpfung ein Flop?

Der Landschaftsrahmenplan ist ein Gradmesser für den Naturschutz in der Stadt. Endlich hat auch Wilhelmshaven einen solchen Plan. Wir stellen ihn auf [Seite 9](#) vor.

Städte und Gemeinden in aller Welt stellen einen Terminplan auf, in dem sie ihre Vorsätze für eine nachhaltige Entwicklung im 21. Jahrhundert notieren. Was Wilhelmshaven bisher auf dem Zettel hat dokumentieren wir auf [Seite 10](#).

Ist Radio Jade ein ‚kleiner NDR‘ oder ein Bürgerfunk? Eine Antwort und begleitende Forschung zum nichtkommerziellen Radio auf [Seite 12](#).

Quer durchs Heft gestreut: Veranstaltungen, Aktionen, Termine, Nachrichten.

NACHRICHTEN

KAISERLICHE WOLLDECKEN

Kennen Sie die Geschichte? Sinngemäß: Ein Matrose hatte es versäumt, sich auf eine Prüfung vorzubereiten. Einzig die Vorschriften über die Kaiserlichen Wolldecken in den Kojen der Marineschiffe kannte er in- und auswendig. Und er schaffte es, egal, welche Frage die Prüfungskommission stellte, ob Navigation, ob Waffengattungen, das Thema immer wieder auf die Kaiserlichen Wolldecken zu lenken und die Prüfer mit seinem Wissen zu beeindrucken.

Vergleichbares passierte auf dem „1. Forum zur Marine- und Schiffahrtsgeschichte“ Anfang November im „Columbus“. Es gab tatsächlich viel Interessantes zur Geschichte, aber einige Referenten kriegten geschickt die Kurve zu einer Werbe- und Diskussionsveranstaltung zu ihrem Lieblingsthema, dem Jade-Weser-Port. So John Niemann, Präsident der Wilhelmshavener Hafenwirtschaftsvereinigung (WHV) in seinem Referat und anschließender Diskussion zum Thema „Der Wilhelmshavener Hafen auf dem Weg ins nächste Jahrhundert“: „Wir haben nur Freunde an unserer Seite, Parteien, Verbände, Gewerkschaften.. Auch die Grünen sind auf unserer Seite. Ein paar Feinde haben wir allerdings - aber die sind nicht so bedeutend. Da sind die Leute vom BUND. Die wollen sowieso was anderes als wir. Die wollen, daß wir irgendwann mal lernen,



im Internet:

<http://www.gegenwind-whv.de>

Gras zu essen. Im Jahre 2010 werden wir einen der schönsten und modernsten Containerhäfen haben. Wir bauen hier keinen Wilhelmshavener Hafen - wir bauen hier einen deutschen Containerhafen! Ich rechne mit vier- bis viereinhalbttausend Arbeitsplätzen - aber die Presse möge das bitte nicht bringen“.

Tun wir aber doch. Die oben erwähnte Versammlung prägt das Meinungsbild von 170 anwesenden Vertretern überörtlicher, einflußreicher maritim interessierter Kreise. Die Existenz einer Bürgerinitiative gegen das Projekt wurde mit keinem Wort erwähnt. Wenn Niemann im Chor mit OB Menzel, Wirtschaftsminister Fischer und FDP-Felmberg eine Diskussion anzettelt, und dabei Tatsachen verschweigt bzw. erfindet (wir haben im BUND-Programm keinen Hinweis auf zukünftige Beweidung von Grünlandflächen durch Menschen gefunden), sehen wir uns gezwungen, unterschlagene durch zu unterschlagene Informationen zu ersetzen. (iz)

INTERNATIONAL

entwickelt sich die Wilhelmshavener Hafenwirtschaftsvereinigung (WHV) zur großen Lachnummer. Da ist zum einen ihre Internet-Seite: <http://www.hafenwirtschaft-whv.de>. Seit Monaten wirbt die WHV mit dieser Seite – doch wenn man sie aufruft erscheint immer nur der Hinweis, dass hier noch nichts hinterlegt ist. Professionell!

Doch damit nicht genug: Die dritte Ausgabe der ‚Jadeport-News‘ erschien im September 1999. Und sie erscheint zweisprachig! Damit alle Investoren der Welt schwarz auf weiß lesen können, was hier in Wilhelmshaven passieren soll. Die Übersetzungen sind so schön, dass sogar Heidi Kabel sie im Ohnsorg-Theater verständlich ins Publikum werfen könnte. Der Stand der Dinge oder wie es bei der WHV heißt: How things stand, ist dabei noch eine der kleinen Sünden. Die Jadeport-News eignen sich nicht nur für gesellige Abende, sondern auch für den Englisch-Unterricht. (hk)

„ARBEITSLOSIGKEIT – WAS KÖNNEN WIR DAGEGEN TUN?“

lautet das Thema eines Gesprächsabends, den der Verein „Wilhelmshavener helfen“ e. V. organisiert. Für Dienstag, den 16. November 1999 um 20 Uhr sind verschiedene Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie interessierte BürgerInnen in die Räumlichkeiten des Vereins in der Rheinstraße 98 eingeladen, an der Gesprächsrunde teilzunehmen. Aufgrund des begrenzten räumlichen Angebots wird um vorherige Anmeldung gebeten, möglichst per Fax (04421-455789), andernfalls telefonisch (Tel. 04421-455788 oder 455703). (iz)



Förderabo / Einzugsermächtigung

Ich möchte ab sofort ein GEGENWIND-Förderabo!!

Vorname, Name:

Straße:

PLZ, Wohnort:

Geburtsdatum:

Ich erkläre mich damit einverstanden, daß der GEGENWIND meinen Monatsbeitrag von DM _____ (mind. 5.- DM) im vierteljährlichen Lastschriftverfahren von meinem Konto:

Kontonummer: Bank:

Bankleitzahl:

zugunsten des GEGENWIND-Kontos 500 355 bei der Volksbank Wilhelmshaven abbucht.

Ort: Datum:

Unterschrift:

Da ich nicht weiß, wo der GEGENWIND ausliegt, möchte ich ihn per Post zugestellt bekommen

Absenden an: GEGENWIND, Weserstr. 33, 26382 Wilhelmshaven

IMPRESSUM:

Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Weserstr.33
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421/ 99 49 90
Fax: 04421 / 99 49 91

email: gegenwind.whv@t-online.de

Internet:

<http://www.gegenwind-whv.de>

Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Antje Jürgensen, Hannes Klöpfer (verantw. Redakteur), Anette Nowak, Thomas Sobel, Frank Tunnat, Hilde Wessendorf, Imke Zwoch;

Druck: Beta-Druck Auflage: 5.200 Ex.

Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63

Der GEGENWIND erscheint unregelmäßig - nach Möglichkeit alle 6 Wochen.

Erscheinungstag dieser Ausgabe: 10.11.99

Voraussichtl. Red.-Schluß der nächsten Ausgabe: Ende Dezember 1999

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.

Aufmerksamen LeserInnen wird auffallen, dass wir z.T. schon reformiert, z.T. noch richtig schreiben. Wir reformieren uns langsam, aber sicher...

HAFENROULETTE

FÜR DEN JADEWESERPORT ZEICHNEN SICH JETZT SCHON MEHRERE RISKANTE UNWÄGBARKEITEN AB. IN DER JADEPORT-ANALYSE IST DARÜBER ALLERDINGS NICHTS ZU FINDEN.

(jm) Die anhaltende weltweite Entwicklung der Schiffsverkehre mit immer größer werdenden Schiffseinheiten und der Kapazitätserschöpfung der traditionellen deutschen und europäischen Seehäfen lenkten in den letzten Jahren verstärkt den Blick auf den deutschen Tiefwasserhafen Wilhelmshaven. Die sich bietende Entwicklungschance galt es für Wilhelmshaven aufzugreifen (aus WZ, 18.06.99 Warum JadePort/WeserPort? von WHV-Präsident John H. Niemann).

Die Tatsache, dass Hamburg und Bremen ständig ihre Häfen ausbauen, ihre Zufahrten der Schiffsgrößentwicklung angepasst wurden und in den dort bereits vorhandenen Umschlaganlagen und Lagerflächen riesige Produktivitätsreserven ruhen, kann seinen Blick nicht trüben. Wozu auch?! Die WHV hat ja die JadePort-Analyse, die sie als Rechtfertigung für ihr Bemühen vorweisen kann. Die darin diffus eingestreuten Relativierungen (s. dazu Gegenwind Nr. 145, *Das Orakel*) überliest man ja auch leicht angesichts des darin angelegten optimistischen Grundtenors.

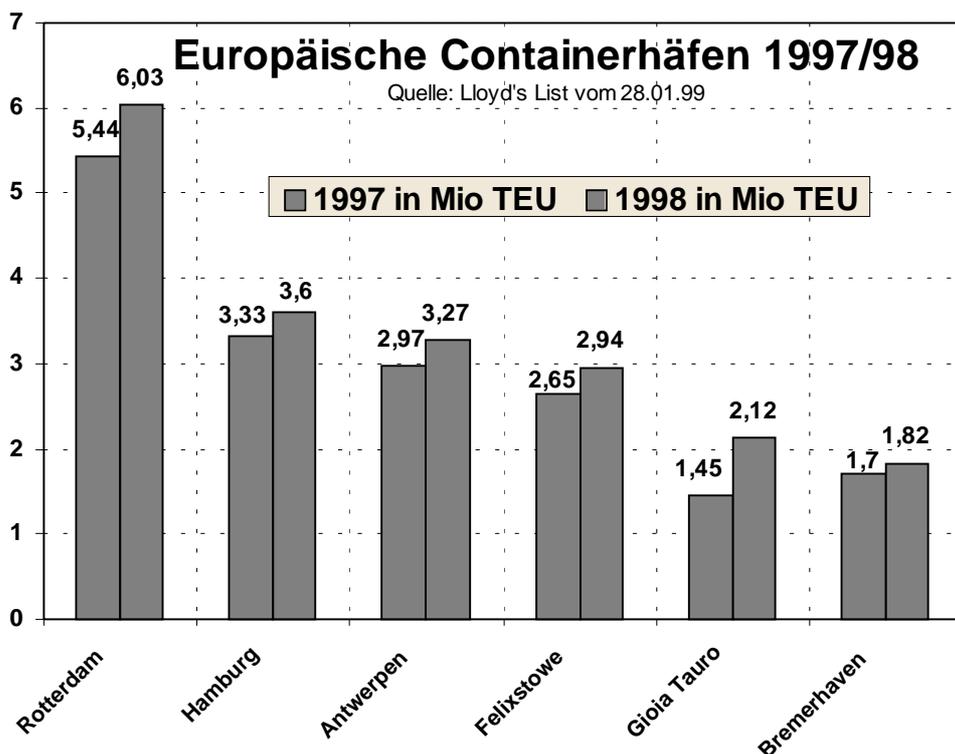
Es gibt aber auch Risiken, die in der JadePort-Analyse überhaupt nicht angesprochen werden: Während alles auf den Hafenschlamm Rotterdam starrt, entwickelt sich am Mittelmeer eine Konkurrenz für die gesamte Nordrange¹ - bis vor die Haustüren von Hamburg und Rotterdam!

Dazu ein Zitat des Generaldirektors des Baseler Transportunternehmens ICF, Sören Rasmussen:

Wir rechnen in den südeuropäischen Häfen mit einem überproportionalen Wachstum. Dies wird ausgelöst durch die Politik der großen Reedereien insbesondere im Far-East-Trade. Wir gehen davon aus, dass europäische Regionen, die bisher überwiegend von den Häfen der Le Havre-Antwerpen-Hamburg-Range bedient worden sind, künftig verstärkt von Feederdiensten erreicht werden, die von mediterranen Hubs² aus organisiert werden. ICF baut das eigene Blockzug-System³ der Nachfrageentwicklung gemäß aus. (...) Die Transportdauer wird neben der Frachtrate ausschlaggebend für die Hafenwahl sein. Im Far-East-Trade werden die Häfen des Mittelmeerbereiches bis zu sieben Tage schneller bedient werden können als die Häfen des Nordkontinents. Dadurch verändert sich auch die Haus-Haus-Bedienung. Die Transitzeit zum Hinterland in Zentral- und Osteuropa ist für die Nord- und Südhäfen vergleichbar. Daraus müssten sich Vorteile für die Südhäfen ergeben (Verkehrswirtschaft 10/96).

Dieses Transportunternehmen ist selbstverständlich nicht das einzige, das es ans Mittelmeer zieht:

Da ist z.B. das Hamburger Containerumschlagunternehmen Eurokai, welches Unternehmensanteile am an der Stiefelspitze Italiens gelegenen Containerhafen Gioia Tauro besitzt. Dieser Hafen konnte seinen Containerumschlag von 17.000 im Jahre 1995 auf 2.125.650 TEU im Jahre 1998 steigern.⁴



Gioia Tauro ist eine Containerschleuse für Transporte zwischen Fernost und den Mittelmeeranrainern. Auch beim Weitertransport spielt die Eurokai mit und bietet Feederdienste zu 38 Mittelmeerhäfen sowie Bahn- und Straßentransporte nach Norditalien an. Außerdem ist sie an Güterverkehrsanlagen u.a. in Mailand, Venedig und Wien beteiligt. Beteiligt ist Eurokai auch an dem rasch wachsenden Container-Terminal in La Spezia unweit von Genua. Letztes Jahr erzielte dieser einen Umschlag von 615.220 TEU bei einer Wachstumsrate von 20,8%. Dieser Terminal ist übrigens näher zu München gelegen als ein zukünftiger JadeWeserPort.

Den Kostenvorteil einer um sieben Tage verkürzten Transportverbindung zwischen Ostasien und Europa wollen weitere Unternehmen nutzen. Der Häfen der Nordrange werden es gewiss zu spüren bekommen, wenn sich die Globalsteuerung der Containertransporte über weitere Mittelmeerhäfen wie Genua, Malta, Triest, Koper/Slowenien und Rijeka/Kroatien als kostengünstiger erweist, als der Umweg über die Nordseehäfen. Und davon wäre Wilhelmshaven besonders hart betroffen, weil der JadeWeserPort ja hauptsächlich als Drehscheibe zwischen Ostasien und Skandinavien bzw. Baltikum dienen soll.

Die Eurokai ist auch beim Landtransport

schon sehr weit: Sie bietet nicht nur Bahn- und Straßentransporte von Süd- nach Norditalien an, sondern betreibt auch einen eigenen Containerzug im Dreieck Hamburg-München-Bremerhaven-Hamburg.

Jüngst hat sich diese Firma mit dem Betreiber der Bremerhavener Container Terminals - der BLG Container Terminalgesellschaft - zusammengetan und firmiert jetzt unter dem Namen Eurogate.

Wenn die WHV also in Sachen JadeWeserPort mit Bremen zusammen arbeiten will, ist dies ihr eigentlicher Ansprechpartner. Das

Schicksal dieser sich zum multinationalen Unternehmen mausernden Firmengruppe hängt jedoch nicht mehr von der Zukunft einer Hafenregion geschweige denn von der eines einzigen Hafens ab. Losgelöst von regionaler Rücksichtnahme kann sie die Containerströme in einem weit gespannten Transportnetz so steuern, wie sie das für richtig hält.

Nun kann man einwenden, Süddeutschland, Südosteuropa oder gar Südeuropa würden für den Containerumschlag in einem JadeWeserPort sowieso nur marginale Bedeutung erlangen. Die Chance des Ports läge vielmehr in Feederdiensten nach Skandinavien und ins Baltikum. Das stimmt natürlich nicht, denn wenn die Nordseehäfen insgesamt Umschlaganteile an die Mittelmeerhäfen verlieren sollten, können Überkapazitäten entstehen. Dies würde zweifellos zu einem verschärften Kampf um den verbliebenen Rest führen.

Zudem hat sich in Skandinavien was getan, was die Verfasser der JadePort-Analyse auch nicht berücksichtigt haben: Es gibt jetzt eine direkte feste Landverbindung zwischen Schweden und Jütland. Dadurch wird Göteborgs Rolle als Haupthafen Skandinaviens - zentral gelegen zwischen Oslo, Kopenhagen



und Stockholm - weiter gestärkt. Das könnte sich schon spürbar auf den Umschlag in Bremerhaven und Hamburg auswirken, bevor der JadeWeserPort überhaupt fertig ist.

Seit Jahren verbreiten die Protagonisten des JadeWeserPorts die Mär von den vielen damit verbundenen Arbeitsplätzen und seine Finanzierung durch private Investoren. Und je weniger qualifiziert die Honorationen, desto abgehobener die Behauptungen: So wie jüngst die Behauptung des Wangerländer Bürgermeisters Joachim Gramberger, dass im Zuge des Ports mindestens 4.000 Arbeitsplätze entstehen würden (WZ vom 09.10.99). Die Macher von der WHV sind da wesentlich zurückhaltender – lassen solche Wolkenkuckucksheime aber auch unkommentiert über den Stammtischen schweben. Erst seit ihnen eine kritische Öffentlichkeit auf die Finger schaut, sehen sie sich diesbezüglich genötigt, zumindest einen groben Rahmen zu setzen: *Es dürften mehrere hundert Arbeitsplätze entstehen. Blauäugig wäre die Stadt, würde sie nur auf dieses Projekt setzen* (WHV-Geschäftsführer Detlef Weide in Guten Morgen Sonntag v. 01.08.99).

Die Gewerkschaften – in Sachen Arbeitsplatzeffekte gewiss nicht unbeleckt – schicken sich in ihre zu spielende interessegebundene Rolle und geben sich mit *Erhalt und Sicherung zumindest der vorhandenen Arbeitsplätze und, wenn es gelingt, Schaffung neuer Arbeitsplätze* zufrieden (WZ v. 28.10.99).

In Sachen Finanzierung des JadeWeserPorts hat die WHV bislang vor der breiten Öffentlichkeit an der Vorstellung festgehalten, dass für den Port private Investoren gefunden werden könnten. Dagegen wurden begründete Zweifel vorgetragen (z.B. im Gegenwind 153). Jetzt ist die Skepsis auf die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven (WFG) übersprungen: *In der WFG wird kurzfristig damit begonnen, eine Förderstrategie für den JadeWeser-Port zu entwickeln. Denn auch in diesem Gremium ist die Erkenntnis gewachsen, dass ein derartiges Großvorhaben nicht allein mit privaten Mitteln zu finanzieren ist. Die Infrastruktur sei eine Aufgabe der öffentlichen Hand, um diesen Hafen konkurrenzfähig betreiben zu können* (WZ v. 05.11.99). Na bitte!

Als Gegenmaßnahme wird bereits eine Brücke von Fehmarn nach Losland/Dänemark angestrebt. Außerdem betrachtet Hamburg inzwischen Lübeck als seinen Feederhafen für das Baltikum und träumt schon mal vom Ausbau des Elbe-Lübeck Kanals. Die angeführten Pläne und Visionen würden sowohl einzeln als auch insgesamt durchgeführt dem Hamburger Hafen Wettbewerbsvorteile gegenüber der Weser-Jade-Region verschaffen.

Zu guterletzt haben die JadePort-Analysten es versäumt, auf eine durchaus denkbare neuerliche technische Umwälzung des Con-

tainertransportsystems in der Seeschifffahrt einzugehen: Sie schreiben lediglich die Schiffsgrößenentwicklung bis zu einer Ladekapazität von 8.000 TEU+ (bei 14 Metern Tiefgang!) fort und führen dazu abschließend aus: *Man muss sogar von weiteren Vergrößerungen ausgehen, und tatsächlich werden bereits Liegeplätze entwickelt, die noch größeren, potenziellen Entwürfen Rechnung tragen.*⁵

Dabei hat das Rotterdamer *Maritiem Economisch Research Instituut (MERC)* herausgefunden, dass bereits ab 9.000 TEU Ladekapazität aufwärts die Transportkostenvorteile schwinden.

Seinen Grund hat das u.a. mit den damit verbundenen längeren Hafenliegezeiten, die zunehmend den Einsatz zusätzlicher Jumbos erforderlich machen, um die von der Wirtschaft geforderte Fahrplandichte (just in time) einhalten zu können.

Damit der Hafenbetrieb ordnungsgemäß funktionieren kann, ist es erforderlich, die staatlichen Investitionen in die Infrastruktur und die Investitionen in die Suprastruktur, die den einzelnen Betrieben dient, aufeinander abzustimmen.

In Folge der finanziellen Knappheit ist das Land nicht mehr in der Lage, Hafeninfrastrukturmaßnahmen ohne Verpflichtung der Hafenwirtschaft zur Schaffung entsprechender Suprastruktur zu erstellen. Auch Infrastruktur muss bedarfsgerecht erstellt werden. Die Orientierung am Bedarf wird verbessert, wenn die Hafenwirtschaft angemessene Hafententgelte für die Infrastruktur zu zahlen hat. Damit wird vermieden, dass kostenintensive Infrastruktur bereitgestellt, jedoch letztlich von der Hafenwirtschaft nicht genutzt wird. Eine Baumaßnahme wird grundsätzlich erst dann in Angriff genommen, wenn ein verbindlicher Vertrag über die Nutzung der Infrastruktur und der Erstellung der Suprastruktur abgeschlossen wurde.

Niedersachsens Wirtschaftsminister Dr. Peter Fischer auf dem 9. Niedersächsischen Hafentag am 3.9.99 in Nordenham

Vorausgesetzt, dieses Problem ist hafenseitig aus technischen oder finanziellen Gründen nicht mehr lösbar, dann werden die Reeder sich kostensparende Alternativen überlegen müssen.

Eine Möglichkeit bestünde in einem Wechsel des Schiffstyps:

Jüngst wurde eine technisch-ökonomische Studie für ein 12.000 TEU-Schiff von der Japan Container Association vorgestellt. Dabei wird Abschied genommen von Vollcontainerschiffen (...) und auf die Barge-Technologie gesetzt. Ein Jumbo Barge Carrier (JBC)⁶ befördert 6 Barges mit einer Tragfähigkeit von jeweils 2.000 TEU. Der JBC hätte eine Länge von 426 m eine Breite von 75 m und einen Tiefgang von 14,8 m. Die Barges haben eine Länge von 124 m und die Panamax-Breite von 32,20 m⁷. Vor den Häfen werden diese Barges ausgeschwommen und



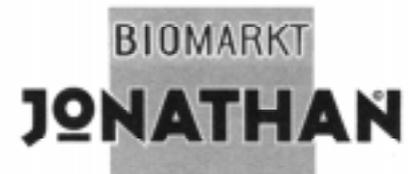
Natürlich einkaufen!

Produkte aus kontrolliert biologischem Anbau!

Natürlich - biologisch - frisch

Grenzstr. 16 - 26382 Wilhelmshaven

Tel. / Fax: 04421 - 13438



dann zu den Terminals geschleppt. Bei diesem Vorschlag besteht die Möglichkeit der Entkoppelung von Schiffs- und Hafenumschlag.

Zusammengefasst ergeben sich folgende unwägbare Risiken für die Entwicklung eines JadeWeserPorts:

Die zukünftige Auswirkung

1. des geografischen Standortvorteils der Mittelmeerhäfen gegenüber den Nordseehäfen beim Containertransport zwischen Ostasien und Europa
2. der Inbetriebnahme der Belt- und Öresundbrücken auf die Feederdienste nach Skandinavien
3. einer Brückenverbindung von Fehmarn nach Dänemark sowie des Ausbaus des Elbe-Lübeck Kanals
4. der Möglichkeit der Einführung neuer Transporttechnologien wie dem Jumbo Barge Carrier.

Vor allem die Realisierung des letzten Punktes wäre tödlich für den JadeWeserPort, weil die Barges vor der Küste ausgeschwommen und von dort mit Schubschleppern flussaufwärts so nahe wie möglich an die Ballungsräume herangeführt werden würden. □

¹ Nordrange: Häfen zwischen Le Havre und Hamburg

² Hub: Radnabe - Transithafen auf einer transozeanischen Transportachse, von der aus die Container auf den verfügbaren Verkehrswegen Seeweg, Binnenwasserstraße, Schiene, Straße (Speichen) weitertransportiert werden. Ein JadeWeserPort käme allenfalls als solch eine Containerschleuse in Frage.

³ Zusammenfassung und logistische Steuerung von Containern nach Zielorten im Schienenverkehr

⁴ inforMare On-Line-Service vom 22.09.99

⁵ JadePort-Analyse S. 2-6

⁶ Supergroßer Schutentransporter

⁷ Panamax: Maximale Breite für Schiffe, die den Panamakanal durchfahren wollen.

EINEN SCHRITT WEITER...

DIE NÄCHSTE STATION IM „FALL SIMMERSBACH“ IST DAS VERWALTUNGSGERICHT

(ef/nea) Am 21. September 1999 übersandte die SPD ihrem ehemaligen Mitglied Horst Simmersbach aus Wilhelmshaven den Beschluss der Bundesschiedskommission, in dem der Ausschluss des Genossen durch die Bezirksschiedskommission Weser-Ems bestätigt wurde.

Zur Erinnerung und für die Leserinnen und Leser, die den GEGENWIND nicht regelmäßig bekommen:

Horst Simmersbach kandidierte bei der Bundestagswahl 1998 als Einzelbewerber um ein Bundestagsmandat. Die SPD, der er angehörte, forderte ihn auf, seine Kandidatur zurückzuziehen und „jeglichen Wahlkampf insbesondere gegen unsere Genossin Gabriele Iwersen zu unterlassen“. Simmersbach zog seine Kandidatur nicht zurück – was auch gar nicht gegangen wäre – und bekam ein Parteiordnungsverfahren „mit dem Ziel des Ausschlusses aus der Partei“ (vgl. GEGENWIND 149, „Wie unbequem darf ein Sozialdemokrat sein?“).

Die Bezirksschiedskommission Weser-Ems verhandelte und beschloss am 11.3.99. Simmersbach konnte an der Verhandlung nicht persönlich teilnehmen, hatte jedoch seine Beweggründe für die Einzelkandidatur schriftlich ausgeführt. Seine Argumentation legte er in einem GEGENWIND-Gespräch (vgl. Ausgabe 152, „Sozialdemokrat ohne Partei“) dar: Das Recht auf Einzelkandidatur ist ein Persönlichkeitsrecht, das juristisch höher zu bewerten ist als das Recht der Parteien, Kandidaten zu nominieren und damit alle anderen Parteimitglieder von der Bewerbung auf ein Mandat auszuschließen; auch allemal höher als das Interesse der Parteien, ihre „ausgeguckten“ Kandidaten „durchzubringen“.

In diesem GEGENWIND-Gespräch machte er deutlich, dass es ihm mit seiner Einzelkandidatur darum gegangen war, ein Verfahren in Gang zu setzen, in dem geklärt wird, dass jeder BürgerIn dieses Recht hat und dass die Parteien ihren Mitgliedern dieses Recht nicht nehmen dürfen.

Dies ist eine rechtliche Angelegenheit, mit der sich staatliche Gerichte und nicht Parteikommissionen zu befassen haben, und um diese rechtliche Feststellung zu erzielen, musste Simmersbach sein Ausschlussverfahren bis zur höchsten SPD-internen Ebene, der Bundesschiedskommission, durchstehen – und verlieren.

Die Bundesschiedskommission folgte in der Begründung ihres Beschlusses weitgehend den Gedankengängen der Bezirksschiedskommission. Horst Simmersbach habe der SPD mit seiner Einzelkandidatur schweren Schaden zugefügt, indem er gegen die offizielle SPD-Kandidatin angetreten sei. „Jedes Mitglied habe nach § 5 OrgStatut die Pflicht, die Ziele der Sozialdemokratischen Partei zu unterstützen. Dies gelte gerade auch für die Unterstützung der SPD-Kandidaten bei wichtigen Wahlen. (...) Der Fall sei nicht anders zu behandeln als die Mitgliedschaft

eines SPD-Mitgliedes in einer anderen politischen Partei oder die Kandidatur für eine solche.“ (aus dem Beschluss)

Die Kommission hat die Argumentation von Horst Simmersbach zwar zur Kenntnis genommen: „Die Bedrohung mit dem Ausschluß sei in einem solchen Fall rechtsstaatlich bedenklich, zumal die Einzelkandidatur die unterschiedlichsten Gründe haben könne. Seine Motive hätten gewürdigt werden müssen. So hätten bereits Gerichte festgestellt, dass die Wahrnehmung des passiven Wahlrechts ein höher zu bewertende Rechtsgut sei als das Disziplinierungsverlangen einer Partei und keinen vertretbaren Grund für einen Parteiausschluß darstelle.“ Sie hat aber ihrerseits gegen diese rechtliche Argumentation ihre parteipolitische Argumentation gesetzt: „Mit seinem Verhalten hat er die Chancen für die SPD aufgrund des innerparteilichen Willensbildungsprozesses als Kandidatin aufgestellten Genossin geschmälert, denn jede Stimme für den Antragsgegner – und gerade die Stimmen solcher Wähler, die den Gedanken der Sozialdemokratie nahestehen – wurde der SPD-Kandidatin entzogen. (...) Der Antragsgegner konnte und mußte sich entscheiden, ob er seine politischen Vorstellungen innerhalb der SPD – dann aber unter Anerkennung der satzungsrechtlichen Vorgaben und der darauf geforderten Verfahrensweisen – verwirklichen wollte oder außerhalb der Partei als einzelner.“

Nun, genau da liegt das Problem: Inhaltlich und politisch hat Horst Simmersbach keine anderen Ziele als die SPD. Er wendet sich nicht gegen sozialdemokratische Ziele,

sondern gegen die seiner Meinung nach undemokratischen Verfahrensweisen der Parteien (nicht nur der SPD).

Schon im oben erwähnten Gespräch hat Horst Simmersbach auf die Reihe von Einzelkandidaturen für die „eingleisigen“ Bürgermeisterposten in Ostfriesland hingewiesen. „In Ostfriesland denkt sich jetzt manch einer: Ich habe hier die ganzen Jahre die politische Arbeit gemacht, und nun, wo es um einen bezahlten Posten mit Pensionsberechtigung geht, schickt die Partei einen von außerhalb her. Es kann doch nicht rechtens sein, dass man diesen Leuten die Kandidatur verbietet.“

Der „Fall Simmersbach“ steht insofern nicht für sich allein. Er unterscheidet sich von anderen Fällen lediglich darin, dass Simmersbach zur Bundestagswahl und nicht „nur“ zu einer kommunalen Wahl angetreten ist, und darin, dass er seinen Ausschluss schon hat.

In der Gemeinde Südbrookmerland ist ein Sozialdemokrat gegen den von seiner Partei nominierten Kandidaten angetreten und hat ihn in der Stichwahl geschlagen. Herr Schallmeier ist somit wahrscheinlich der erste SPD-Bürgermeister, gegen den ein Parteiordnungsverfahren mit dem Ziel des Ausschlusses läuft.

Ob Herr Schallmeier so beharrlich wie Simmersbach seine Sache vertreten und gegen den Ausschluss angehen wird, wird sich zeigen. Simmersbach jedenfalls wird nun, da der Ausschluss von ganz oben bestätigt worden ist, die staatlichen Gerichte bemühen.

Bis die entschieden haben, wird Simmersbach vielleicht schon wieder SPD-Mitglied sein. Er hat jüngst einen Aufnahmeantrag gestellt. Der Genosse, der ihn geworben hat, hat bei der Parteizentrale in Berlin erfahren, dass nach einem Parteiausschluss oder – austritt ein erneuter Aufnahmeantrag zu behandeln ist wie ein erster. Der Vorstand des Ortsvereins Fedderwardergroden-Himmelreich wird in seiner nächsten Sitzung über die Aufnahme von Horst Simmersbach entscheiden. □



KEINE ARZNEI MEHR?

SPÄTESTENS ENDE NOVEMBER SIND DIE ARZNEIMITTELBUDGETS ERSCHÖPFT, UND NIEMAND WEISS, WIE ES DANN WEITERGEHT

(noa) In unserer letzten Ausgabe berichteten wir, dass die niedergelassenen ÄrztInnen Ende August über die Höhe ihrer Arznei-, Verband- und Heilmittel für das Jahr 1999 informiert wurden (vgl. GEGENWIND 154, „Juristisches und ethisches Dilemma“). Das war schon reichlich spät. Ende September (!) kam die Richtgrößen-Frühinformation (!) für das erste Quartal 1999.

Die Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen teilte den Ärzten und Ärztinnen darin mit, ob und wie weit sie in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres ihr Budget eingehalten, unterschritten oder überschritten haben. Damit sie diese „Früh“information richtig verstehen, gab es einen Brief dazu, in dem Regressforderungen im Fall der Budgetüberschreitung angedeutet wurden.

Ärzte, die auf diesem Weg etwa erfahren haben, dass sie von Januar bis März schon weit mehr Medikamente, Massagen oder Fangopackungen verschrieben haben als vorgesehen, müssten jetzt sofort aufhören, überhaupt noch etwas zu verordnen. Wer z.B. im ersten Quartal sein Budget um 100 % überschritten hat – was angesichts der niedrigen Richtgrößen bei einigen Ärzten der Fall sein dürfte – kann sich leicht ausrechnen, dass er bis Mitte des Jahres schon die gesamte Summe für 1999 verbraucht hat, seit Juli die Arzneimittel für seine Patientinnen und Patienten also schon aus der eigenen Tasche bezahlt. Auch wenn ein Arzt oder eine Ärztin laut Frühinformation nur um 50 % zu viel verschrieben hat, wird er/sie im Lauf des Monats September schon über dem Jahresbudget gelegen haben.

Die Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer sagte dazu in einem „Stern“-Streitgespräch: „Das mit den Budgets versteht ja fast keiner. Ärzte unterliegen einem Irrtum, wenn sie gegenüber einem Patienten behaupten: Mein Budget ist erschöpft, und deswegen kann ich dir dieses Medikament nicht mehr

verordnen. Sie haben kein eigenes Budget, sondern eine Richtgröße, und sie können und müssen das verordnen, was aus medizinischer Sicht angezeigt ist.“ („Stern“ 42/99)

„Mein Budget ist erschöpft“ – genau das hörte jedoch eine Wilhelmshavener Patientin, die nach einer Operation wegen der Nachbehandlung beim Facharzt vorsprach. Er schickte sie wegen der weiteren Therapie zum Hausarzt, der sich jedoch auch nichts mehr zu verordnen traute.

In der Radio-Jade-Sendung „Direkt extra“ am 5.10.99 sagte der Wilhelmshavener Arzt Dr. Schadewaldt, es stimme nicht, dass die Ärzte kein individuelles Budget hätten. Ob (fast) alle Ärzte das Gesetz nicht verstanden haben oder ob die Gesundheitsministerin selber ihr eigenes Gesetz nicht versteht, ob die Vereinbarungen mit den Krankenkassen auf einem falschen Verständnis des Solidaritätsstärkungsgesetzes fußen oder ob die Vertragspartner ihre eigenen Vereinbarungen nicht richtig verstehen, ob die Krankenkassen tatsächlich Regressforderungen stellen werden und wenn, ob dann gegenüber einzelnen Ärzten oder Arztgruppen, das scheint keiner zu wissen. Bewirkt hat das Spargesetz auf jeden Fall, dass die Ärzte verunsichert und die Patienten besorgt sind.

„Die Initiative und das Aktionsprogramm der niedersächsischen Vertragsärzte und Krankenkassen zur Arznei- und Heilmittelversorgung sei richtungsweisend“ („WZ“ v. 5.10.99), fand AOK-Regionaldirektor Jürgen Thielemann auf einer Versammlung des CDU-



Ortsverbandes Altengroden/Neuengroden/Rüstersiel. Die davon Betroffenen meinen allerdings, dass da in eine falsche Richtung gewiesen wird. Die Wilhelmshavener Krankengymnastin Helgard Schodde, Vorsitzende des Landesverbandes Niedersachsen des Deutschen Verbandes der Physiotherapeuten und Krankengymnasten spricht nicht nur für ihre eigene Berufsgruppe, sondern für alle im Gesundheitswesen Tätigen, wenn sie „die Entwicklungen mit großer Besorgnis“ beobachtet und zu denken gibt, dass „die Patientenversorgung ... sehr unter den Kürzungen“ leidet. („WZ“ v. 19.10.99)

Gelitten hat auch schon das Vertrauensverhältnis zwischen ÄrztInnen und PatientInnen. So jedenfalls sieht es der Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung in Wilhelmshaven, Dr. Greth, in der erwähnten „Radio-Jade“-Sendung, und er spricht für alle seine KollegInnen, wenn er sagt: „Wir lehnen die Budgetierung ab.“ Sein Kollege Leonhard hält das Gesetz gar für verfassungswidrig.

Dr. Greth vermutet (im Unterschied zu unserer obigen Rechnung), dass die Arzneimittelbudgets für Niedersachsen etwa Ende November auslaufen werden. „Hier ist dann kein Geld mehr für die weitere Versorgung vorhanden. Kein Mensch weiß zum jetzigen Zeitpunkt, wie es weitergehen wird.“ Gegen die im Solidaritätsstärkungsgesetz angelegte Spaltung schlägt er Aktionen gemeinsam mit den Patienten vor: „Dann müssen wir im Bündnis mit unseren Patienten auf die Straße gehen und für eine Erhöhung der Arzneimittelbudgets streiken, richtiggehend streiken. Wir sollten unsere Praxen dann schließen und gemeinsam mit unseren Patienten unsere Interessen durchsetzen.“ □

Der Brief der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen im Wortlaut:

Sehr geehrte Dame(n), sehr geehrte(r) Herr(en), gemäß Artikel 16 des GKV-Solidaritätsstärkungsgesetzes (GVK-SolG) wurde mit den Landesverbänden der Krankenkassen das Arznei-, Verband- und Heilmittelbudget für das Jahr 1999, welches eine feste Ausgabenobergrenze für die von den niedergelassenen Ärzten veranlassten Ausgaben für Arznei-, Verband- und Heilmittel vorsieht, vereinbart. Zur Steuerung der Ausgaben dieses Globalbudgets und als Instrument der arztindividuellen Prüfung der Wirtschaftlichkeit verordneter Leistungen war des Weiteren gemäß § 84 SGB V eine Vereinbarung über die Festsetzung von Richtgrößen und die Prüfung der Wirtschaftlichkeit bei Überschreitung der Richtgrößen zu schließen. Diese enthält landeseinheitlich arztgruppenspezifische Richtgrößen für Arznei- und Ver-

bandmittel einerseits und Heilmittel andererseits – jeweils getrennt nach M/F und R – und findet Anwendung, sofern das Budget um mehr als 97% ausgeschöpft wird. Ferner sieht sie für die Vertragsärzte eine Information zur Beobachtung ihrer Verordnungstätigkeit vor. Hierfür sind die Verbände verpflichtet, ihre Ordnungsdaten der KVN für Arznei- und Verbandmittel bis zur 10. Woche, für Heilmittel bis Ende des 6. Monats nach Quartalsende zu liefern. Da die Ersatzkassen nicht in der Lage waren, für das 1. Quartal 1999 vertragsgemäße Ordnungsdaten zu liefern, wurde diese Information ausschließlich auf Basis der Primärkassendaten erstellt. Die Aussendung für das 2. Quartal 1999 wird auch die Ersatzkassendaten beinhalten und Ihnen in den nächsten Tagen zugehen.

Umseitig sind die zu Ihren Lasten ermittelten Verordnungskosten, die Zuzahlungen, die zu berücksichtigenden Fälle und die Brutto-

kosten je Fall – in der Unterteilung nach M/F und R – ersichtlich. In Bezug auf die für den Behandlungsfall festgesetzten Richtgrößen des Budgetbereiches können Sie weiterhin die absolute und prozentuale Abweichung Ihrer Verordnungskosten von den Richtgrößen sowie einen potentiellen Regress bezogen auf das Quartal ersehen. Dieses Schreiben dient Ihrer persönlichen Information und soll Ihnen bei drohender Richtgrößenüberschreitung Anlass zur Überprüfung Ihrer Ordnungsweise geben. Praxisbesonderheiten, die im Rahmen der Wirtschaftlichkeitsprüfung geltend zu machen wären, fanden bei umseitiger Berechnung zunächst keine Berücksichtigung.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an Ihre KVN-Bezirksstelle.

Mit freundlichen Grüßen

Kassenärztliche Vereinigung
Niedersachsen

Kein Umzug – keine Arbeit

WARUM FRAU T. WEITERHIN EIN WILHELMSHAVENER SOZIALFALL IST

(ub) Seit 12 Jahren lebt Erika Taubert von der Sozialhilfe. Da sie durch eine Erkrankung an Kinderlähmung stark gehbehindert ist, sind die Möglichkeiten der allein erziehenden Mutter, durch eigene Erwerbstätigkeit den Unterhalt für sich und ihre 15-jährige Tochter zu verdienen, mehr als schlecht. Eine erfolgreich abgeschlossene Ausbildung als Gebärdendolmetscherin könnte plötzlich eine (und die vielleicht letzte) berufliche Chance für die 39-jährige eröffnen. Nicht hier in Wilhelmshaven, aber Erika Taubert ist bereit, für diese Chance in die Nähe von Hamburg zu ziehen. Das Sozialamt Wilhelmshaven sieht Gründe, ihr die Umzugsfinanzierung zu verweigern. Die Frage, ob Frau Taubert ihre Wiedereingliederungschance erhält oder aber womöglich noch sehr lange auf Sozialhilfe angewiesen ist, wird jetzt vor Gericht entschieden.

Erika Taubert hat über ihren Rechtsanwalt Klage gegen die Stadt Wilhelmshaven erhoben.

Im Juli dieses Jahres hat Frau Taubert beim Sozialamt der Stadt Wilhelmshaven die Übernahme der Umzugskosten und der Kautions sowie der ersten Monatsmiete für eine Wohnung in Pinneberg beantragt. Dorthin wollte sie ziehen, weil ihr im Großraum Hamburg von einem Weiterbildungswerk Arbeit als Gebärdendolmetscherin angeboten wurde. In Hamburg hat auch der Gehörlosenverband seinen Sitz. Diese Organisation vermittelt ebenfalls Honorartätigkeiten für Gebärdendolmetscher/innen. Allerdings – und daran stoßen sich Sachbearbeiter und Amtsleiter des Wilhelmshavener Sozialamtes – einen Arbeitsvertrag, aus dem u. a. auch hervorgeht, wie hoch ihr zukünftiges Arbeitsentgelt sein wird und der auch den Arbeitsumfang vertraglich regelt, kann Erika Taubert nicht vorweisen. Die zuständige Sachbearbeiterin des Sozialamtes verweist in ihrem Ablehnungsbescheid darauf, dass das Hamburger Weiterbildungswerk der Firma Salo und Partner in einem Schreiben an Frau Taubert „nicht sicherstellt, dass Sie dort zum 01.09.1999 eine Arbeitsstelle haben, sondern es ist in dem Schreiben die Rede von einem Interesse an der Zusammenarbeit mit Ihnen“. Auch der Gehörlosenverband hat Interesse bekundet, bei Bedarf an Frau Taubert entsprechende Honorartätigkeiten zu vermitteln. Gebärdendolmetscher/innen arbeiten nahezu ausschließlich freiberuflich. Sie werden nach Bedarf vermittelt. Sei es, um eine berufliche Weiterbildungsmaßnahme für Hörbehinderte über einen längeren Zeitraum zu betreuen, oder sei es, weil ein/e Gebärdendolmetscher/in punktuell von Amts wegen bspw. vor Gericht notwendig ist. Auf Bitten von Frau Taubert hat eine Mitarbeiterin der Firma Salo Partner Weiterbildungswerk Hamburg dem Sozialamt telefonisch erklärt, warum „ein schriftlicher Anstellungsvertrag nicht geschlossen werden kann. Es ist so, daß mit Wirkung ab 1.9.99 Frau Taubert als Selbständige freiberuflich für die Firma als Gebärdendolmetscherin in Schwerin tätig werden soll...“ (Aus dem Widerspruch gegen den Ablehnungsbescheid). Diese übliche Praxis beim Berufsbild der Gebärdendolmetscherin ist dem Sozialamt auch durch entsprechende

Informationen des hiesigen Arbeitsamtes bekannt. Auch der Gehörlosenverband hat per Fax die Aufnahme in die Gehörlosendolmetscherkartei zugesagt. Die Volkshochschule Pinneberg hatte bereits mit Frau Taubert einen Honorarvertrag zwecks Ausbildung von Gehörlosendolmetscher/innen abgeschlossen. Dem Sozialamt Wilhelmshaven liegt ein Kursverzeichnis der VHS Pinneberg mit Frau Taubert als Kursleiterin vor.

Dennoch wird von Amts wegen weiterhin quasi Unmögliches verlangt. In dem von Amtsleiter Schulz unterzeichneten Ablehnungsschreiben bezüglich des Widerspruchs von Frau Taubert heißt es erneut: „Laut dem von Frau Taubert vorgelegten Schreiben der Firma war...nicht sichergestellt, dass Frau Taubert dort zum 01.09.1999 eine Arbeitsstelle hat, sondern es ist in dem Schreiben die Rede von einem Interesse an der Zusammenarbeit mit ihr...Durch die... vorgelegten Schreiben wird aber eine...Arbeitsaufnahme nicht definitiv dokumentiert. Sondern nur in Aussicht gestellt.“

Die Nachfrage nach qualifizierten Gebärdendolmetscher/innen ist größer als das vorhandene personelle Angebot. Über man-

gelnde Arbeit könnte sich Frau Taubert vermutlich nicht beklagen. Bei einem üblichen Stundenhonorar von ca. 78.- DM ist davon auszugehen, dass sie zudem auf Dauer unabhängig von der Sozialhilfe leben könnte. Um aber Anfangsschwierigkeiten auszugleichen, hatte Frau Taubert an der VHS Pinneberg eine Honorartätigkeit als Kursleiterin angenommen. Dass sie auch zusätzlich noch einen 630.-DM-Job bei einer Immobilienfirma als Telefonistin nachweisen kann, wird ihr anscheinend endgültig zum Verhängnis.

Wurde zunächst von Seiten des Sozialamtes bezweifelt, dass Frau Taubert in Pinneberg überhaupt Arbeit bekommt und damit auch erst eine Sozialhilfeleistung in Form von Umzugsfinanzierung gerechtfertigt ist, wird plötzlich angezweifelt, „dass Frau Taubert diese verschiedenen Arbeitsstellen wahrnehmen kann...es ist zu berücksichtigen, daß Frau Taubert einen GdB (*Schwerbehinderung* –ub-) von 80 % hat.“ (Amtsleiter Schulz in der Abweisung des Widerspruchs).

Einen weiteren Grund, den Antrag von Frau Taubert abzulehnen, sieht das Sozialamt in der Miethöhe der von Erika Taubert in Pinneberg angemieteten Wohnung. Die neue Miete ist „sozialhilferechtlich nicht angemessen.“ (ebenda) Zwar wird anerkannt, dass Erika Taubert aufgrund einer 80%igen Schwerbehinderung auf eine behindertengerechte Wohnung angewiesen ist, aber „bei Frau Taubert handelt es sich (jedoch) um eine gehbehinderte Dame, nicht um eine Rollstuhlfahrerin.“ (!) Das Sozialamt hat errechnet, dass sich die Kosten incl. der Renovierung der jetzigen Wohnung E. Tauberts, des Möbeltransports, der Mietkaution sowie der 1. Monatsmiete auf ca. 13.500.- DM belaufen würden. Dazu heißt es im Ablehnungsschreiben: „Bei objektiver Betrachtung sind die anstehenden Kosten unangemessen hoch.“ (ebenda)

Frau Taubert verweist gegenüber dem Gegenwind darauf, dass anderen Ortes der den Behörden aufgrund obiger Sachlage durchaus zur Verfügung stehende Ermessensspielraum weitaus entgegenkommender genutzt worden wäre. „In Friesland“, so wurde ihr dort zugetragen, „hätte schon allein die Honorartätigkeit bei der VHS Pinneberg einen positiven Unterstützungsbescheid erwirkt.“ Das Verwaltungsgericht Oldenburg hat sich allerdings in der Ablehnung einer von Frau Tauberts Rechtsanwalt beantragten einstweiligen Anordnung gegen die Stadt Wilhelmshaven der Argumentationslinie des Wilhelmshavener Sozialamtes weitestgehend angeschlossen. Erika Taubert glaubt nicht mehr an eine einvernehmliche Lösung des Problems. Alle Angebote ihrerseits, die Kosten des Umzuges durch aktive Einbindung ihres Freundeskreises so weit als möglich zu reduzieren, haben nicht zum Einlenken der Wilhelmshavener Sozialbehörde geführt. Erika Taubert will aber auch nicht aufgeben. „Dieser Job ist vermutlich meine letzte Chance, jemals ohne das Sozialamt leben zu können.“ Sie hat deshalb ihren Rechtsanwalt beauftragt, eine Klage gegen die Stadt Wilhelmshaven zu führen. □



KAIN, KARNICKEL UND KARTOFFELN

„DIE SCHÖPFUNG“ IM STADTTHEATER - EIN GEWAGTES SPIEL?

(iz / noa) Die Schöpfung als solche war ein absoluter Flopp. Wer das noch immer nicht kapiert oder akzeptiert hat, sollte das gleichnamige Stück nicht versäumen, das derzeit als deutsche Erstaufführung an der Landesbühne gespielt wird - und alles andere als ein Flopp ist. „Co-Referent“ unserer Rezension ist ein evangelischer Pastor, den wir auf der Premierenfeier trafen.

Das Stück hat seinen Ursprung in altenglischen „Mystery Tales“. Im 14. Jahrhundert erlaubte der Klerus dem gemeinen Volk, außerhalb der Kirche, also auf der Straße, religiöse Stücke zu spielen. Dabei mischten sich biblische Überlieferungen mit sogenannten Legendas. Theater galt bis zu der Zeit als Sündenpfehl schlechthin. Und allein Schriftgelehrte besaßen die Macht, die hebräischen und griechischen Überlieferungen zu lesen und in ihrem Sinne auszulegen. Durch die Entmystifizierung der „heiligen“ Geschichten und ihrer Protagonisten konnten auch einfache Menschen eine wirkliche Beziehung dazu aufbauen. Erst recht, weil das Publikum in das Spielgeschehen einbezogen wurde. Diesen historischen Ansatz ins heutige Theater zu übertragen, in die heutige Zeit zu vermitteln, ist der Übersetzung und der Inszenierung gelungen.

All die bekannten, zwar fehlbaren, aber immer noch übermenschlichen Promis wie Adam, Abraham, Noah, Moses, Maria und Josef geben ihren Heiligenschein gewissermaßen an der Garderobe ab und zeigen allzu menschliche Regungen. Sie finden sich mit den Proben, die Gott ihnen auferlegt, nicht so leicht ab, wie es geschrieben und gelehrt wurde. Noah hatte sich so auf den Ruhestand gefreut - freilich ist er stinkig, dass er plötzlich noch einen Riesenkahn bauen soll. Abel hat sich bei der Auswahl der Opfertiere etwas vergriffen - für sich ein zerknautschtes totes Karnickel und für seinen Bruder eine Handvoll Kartoffeln, die weder EG-Normen noch Gottes Urteil standhalten können. Moses, völlig entnervt, weil er trotz seines (historisch belegten) Sprachfehlers gestelzt zu Gott sprechen und dann noch 10 Steintafeln durch die heiße Wüste schleppen soll. Josef nimmt es nicht so gelassen hin wie gemeinhin angenommen, dass seine Frau ohne sein Zutun einen dicken Bauch bekommt - blind vor Eifersucht haut er Maria den ihr zugeordneten Blumenstrauß um die Ohren. Und sie selbst kann die biologische Unmöglichkeit nur deshalb akzeptieren, weil sie, wie sie selbst sagt, der schlichteste Mensch unter der Sonne ist.

Die Tollpatschigkeit der Entheiligten, vom Ensemble in gekonnten Slapstick umgesetzt,

ist zum Brüllen komisch. Doch liegen, wie im richtigen Leben, komische und tragische Elemente dicht beieinander. Und so leidet man wirklich mit Abraham und seinem Sohn Isaak, den er, als Probe Gottes, töten - opfern - soll, und das ist, bei aller Gottesfurcht, kein Pappentier.

Leider ist der Zuschauer durch einen krassen Bruch zwischen dem ersten, vorwiegend komischen, und dem zweiten, eher nüchternen bis tragischen Teil, überfordert. Dadurch kommt der zweite Teil in der Wahrnehmung des Publikums - gemessen am Applaus - zu schlecht weg.

Von uns jedenfalls ein ausdrückliches Lob. An den Übersetzer Simon Werle, der feinfühlig aus der mittelhochenglischen Fassung



Gott nimmt sich Adam und Eva zur Brust. Von links: Ute Wieckhorst, Johannes Simons, Christian Hettkamp. Foto: Volker Beinhorn / Landesbühne.

eine ganz eigene Sprache für die deutsche Bühne entwickelt hat. An „Gott“ Johannes Simons, der von allen Darstellern diesen Text am stärksten mit Leben erfüllt. An Dorin Kroll für Bühnenbild und Kostüme, die im Hinblick auf den historischen Hintergrund - Straßentheater - sehr authentisch sind: Den Schauspielern wird der fliegende Wechsel von „Zuschauern“ zu Akteuren ermöglicht. Lob auch an den „Mann im Hintergrund“, Philipp Danzeisen, der mit Schlagzeugbegleitung in jeder Sekunde einfühlsam präsent ist. Einziger Schwachpunkt der Besetzung ist Ute Wieckhorst, die in jedem Stück sich selbst spielt und speziell mit dieser Vorlage überhaupt nicht zurande kommt.

Unsere Anerkennung gilt vor allem der Regisseurin Mirjam Neidhart, die den Stoff aus England mitbrachte und sich traute, ihn hier in Szene zu setzen. Wobei sie hinter den religiösen Überlieferungen unser aller kulturgeschichtliche Wurzeln sieht - egal, ob man noch Anhänger der Kirche ist oder nicht. Zu der Inszenierung gehört Mut, weil eingefleischte Christen ohne Sinn für Anliegen und Hintergründe das Ganze als Blasphemie missverstehen und ernsthaft gekränkt sein könnten. Insofern waren wir gespannt auf die Einschätzung des Pastors. Der zeigte sich total (positiv) berührt durch das Stück, und es entspann sich ein lebendiges Gespräch, das nicht unwesentlich zum Inhalt dieses Artikels beigetragen hat. Dabei ging es auch um Fragen wie: Ist Unfruchtbarkeit nicht heute noch ein Makel? Haben Maria und Josef sich die Story mit dem Engel nur ausgedacht, um angesichts gestrenger gesellschaftlicher Normen eine Schwangerschaft trotz fehlender ehelicher Kontakte rechtfertigen zu können? Ist es zulässig bzw. aus der Religionsgeschichte begründbar, Gott personifiziert auftreten zu lassen?

So hoffen wir, dass viele Schulklassen sowie viele Kirchengemeinden das Stück besuchen werden - es bietet Stoff für zahlreiche Erkenntnisse und stundenlange Gespräche. Wie wäre es mal mit Aufführungen sonntags nach dem Gottesdienst?

„Die Schöpfung“ Mi, 17.11., Mi, 9.12., Sa, 18.12., Di, 21.12., jeweils 20 Uhr im Stadttheater.

THEATER IM THEATER?

Leider können wir - abhängig von unserer Erscheinungsweise - nicht immer zeitnah zum Start eines neuen Stückes der Landesbühne berichten. Dabei sind uns zu Beginn der Spielzeit schon mehrere Stücke positiv aufgefallen, die sowohl Anspruch als auch Unterhaltung bieten: „Das Herz eines Boxers“, „Berlin Underground“ und „Indien“, die leider schon wieder ausgelaufen sind.

Die Qualität des Spielplans steht im Gegensatz zu den Querelen zwischen Intendant und Mitarbeitern, die seit Spielzeitbeginn in der Rubrik Klatsch und Tratsch, mit mangelhafter Informationsgrundlage, in

der Tagespresse breitgetreten werden.

Die Beteiligten täten gut daran, intern wie extern, offensiv und in Richtung einer wirklichen Klärung, mit den Problemen umzugehen und nicht versuchen, mit 'lapidaren Pressemitteilungen (Jeversches Wochenblatt) den Gerüchten Nahrung zu geben. Durch Gerüchte, die sensationsgeil bis schadenfroh zu Berichten verarbeitet werden, wird das ganze nur noch schlimmer. Dabei sollten doch Mitarbeiter, Publikum und Medien daran interessiert sein, dass diese wichtige kulturelle Einrichtung weiterhin gut läuft. Wir sind es jedenfalls, und deshalb werden wir uns dazu nicht inhaltlich äußern, ehe die oben genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind. (iz)

ALLTAGSWERKZEUG ODER ALIBI?

LANDSCHAFTSRAHMENPLAN FÜR DIE STADT WILHELMSHAVEN LIEGT SEIT OKTOBER 1999 VOR

(iz / BUND) Die Naturschutzbehörden der Landkreise und kreisfreien Städte sind nach § 5 des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes verpflichtet, einen Landschaftsrahmenplan für ihr Gebiet auszuarbeiten und fortzuschreiben. Die Stadt Wilhelmshaven hat, in Zusammenarbeit mit einem hiesigen Planungsbüro, ihre Hausaufgaben gemacht. 14 Jahre hat es gedauert und einiges Geld gekostet. Wir stellen den Plan vor und erläutern, warum dieser Aufwand sich *prinzipiell* lohnt. Ob er sich *tatsächlich* gelohnt hat, liegt in der Hand unserer kommunalen Entscheidungsträger.

Der Landschaftsrahmenplan (LRP) stellt gutachtlich mit Text, Karte und zusätzlicher Begründung dar:

- ◆ den gegenwärtigen Zustand von Natur und Landschaft sowie voraussichtliche Änderungen
- ◆ die Teile von Natur und Landschaft, die die Voraussetzungen für einen besonderen Schutzstatus nach dem Nds. Naturschutzgesetz (NNatG) erfüllen (z. B. Naturschutz- oder Landschaftsschutzgebiet) und die dafür erforderlichen Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen
- ◆ erforderliche Artenschutzmaßnahmen
- ◆ sonstige erforderliche Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele und Grundsätze von Naturschutz und Landschaftspflege.

Damit liegt nun den Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung eine handliche, verständliche und transparente Planungs- und Entscheidungshilfe vor. Auch interessierte Bürger/innen können den Plan bei der Naturschutzbehörde jederzeit einsehen oder gegen Kostenerstattung (DM 50,-) erwerben und damit zukünftige Planungen und Entscheidungen in ihrer Stadt besser durchschauen und bewerten. Oder sich einfach einen Überblick über Natur und Landschaft in ihrem Wohnumfeld verschaffen. Auf 223 Seiten mit 15 übersichtlichen Tabellen, plus 10 Themenkarten im Maßstab 1:10.000 sind die o. g. Daten, Fakten und Anforderungen, überwiegend auch für Laien verständlich, dargestellt.

Der LRP ist ein reiner Fachplan, die hier dargestellten naturschutzfachlichen Belange sind (noch) nicht durch Vorbehalte anderer Fachplanungen verwässert. Die Abwägung gegen andere Belange erfolgt erst in Planungen und Projekten Dritter, und erfahrungsgemäß kommt dann der Naturschutz gegenüber Interessen der Wirtschaft oder Bauplanung schlecht weg. Um so wichtiger ist es, dass (über den LRP) 100 Prozent Ökologie in die Verhandlungsmasse einfließen, ohne dass vorweg schon Abstriche gemacht wurden..

Somit ist der LRP ein „starkes“ Instrument. Andererseits ist ein Plan keine gesetzliche Norm. Es ist Ermessen und nicht Pflicht der Entscheidungsträger, ökologische Fakten zu berücksichtigen. Interessant wird das beispielsweise bei folgenden Konfliktbereichen:

- ◆ der Rüstereieler und Voslapper Groden sind (auch nach Landesraumordnungsprogramm) als Industrie- und Gewerbeflächen ausgewiesen. Abgesehen von Kraftwerk, Raffinerie und EVCLiegt der größte Teil der Flächen seit Mitte der 70er Jahre brach. Dort haben sich großflächige naturnahe Biotope entwickelt, auch besonders geschützte Biotop nach §28a NNatG, mit einem hohen Anteil gefährdeter Tier- und Pflanzenarten in z. T. landesweit bedeutsamen Beständen.

- ◆ Im Bereich der Bebauungspläne Nr. 80 A / B (nördlich und südlich der Ladestraße) und Nr. 53 (östlich des Alten Banter Weges) liegen für Arten- und Lebensgemeinschaften wichtige Bereiche, z. T. mit besonders geschützten Biotopen nach §28a NNatG, die der geplanten Bebauung zum Opfer fallen würden.

- ◆ Der Bordumer Busch westlich des Banter Sees ist aufgrund militärischer Altlasten seit dem Krieg ungenutzt. Ungestört konnten sich naturnahe Wald-, Gebüsch- und Röhrichtbereiche als Lebensraum für geschützte Gehölz-

brüter und Amphibien entwickeln. Der LRP bewertet das Gebiet als einen von 6 Naturschutzwürdigen Bereichen im Stadtgebiet. Bislang ist Wilhelmshaven außer Osnabrück die einzige Stadt Niedersachsens ohne Naturschutzgebiet (NSG - die strengste Schutzkategorie nach Naturschutzgesetz). Der Bordumer Busch könnte als erstes NSG diese traurige Bilanz verbessern. Eine Entwurf der Bezirksregierung zur Verordnung für das Naturschutzgebiet liegt bereits vor. Die erforderliche Zustimmung der Stadt liegt jedoch mittelfristig auf Eis: Zum einen will man sich andere Nutzungsoptionen im Zusammenhang mit dem Jadeport offen halten, zum anderen sind die Kosten der für andere Nutzungen erforderlichen Munitionsräumung noch nicht geklärt. (Nichtfinanzierbarkeit der



Wir sind	die Psychosoziale Abteilung der Freien Sozialen Dienste Friesland e.V. und betreuen seit 1989 psychisch kranke Menschen in ihrem häuslichen Umfeld.
Wir suchen	examinierte Krankenschwestern/Krankenpfleger Sozialarbeiterinnen/Sozialarbeiter mit Erfahrung im Arbeitsfeld Psychiatrie als stundenweise Honorarkräfte für die ambulante psychiatrische Betreuung bei Klientinnen und Klienten in Wilhelmshaven und im nördlichen Kreis Friesland.
Wir bieten	partnerschaftliches Miteinander im Team und betriebsinterne Fortbildungen.
Wir erwarten	einfühlsamen Umgang mit unseren Klientinnen und Klienten, Zuverlässigkeit, Bereitschaft zur Reflexion eigenen Verhaltens, längerfristige Mitarbeit.
Bitte bewerben Sie sich bei den Freien Sozialen Diensten Friesland e.V., Schloßplatz 10, 26316 Varel, Telefon (04451) 8 10 96.	

Räumung wäre also der Garant für Wilhelmshavens erstes Naturschutzgebiet ...)

Künftig kann und wird die Berücksichtigung der Inhalte des LRP innerhalb städtischer Planungen also ein Gradmesser dafür sein, welchen Stellenwert der Naturschutz in unserer Stadt besitzt. Es gibt keine Informationslücken und Interpretationsspielräume mehr. U. a. ist der LRP eine geeignete „Enzyklopädie“ für die Bereiche Natur und Landschaft in der Lokalen Agenda 21 (s. Artikel Seite 10 u. 11). (iz/BUND) □

WIE EXPO, NUR ANDERS

WELCHE PERSPEKTIVEN HAT DIE LOKALE AGENDA 21 IN WILHELMSHAVEN?

(iz) „Agenda 21? Hat das nicht was mit Landwirtschaft zu tun?“ Dieses oft geäußerte Missverständnis muss den Befragten nicht mal peinlich sein, denn der Anlass der Verwechslung, das Landwirtschaftsprogramm „Agenda 2000“, hat über die Medien einen weit höheren Bekanntheitsgrad erreicht als die Agenda 21. Getreu dem Agenda-21-Motto „Global denken - lokal handeln“ wollen wir die lokalen Aktivitäten zum Agenda-Prozess aufarbeiten und dokumentieren.

Was ist die Agenda 21?

1992 beschlossen die Umweltminister von über 170 Ländern auf dem „Erdgipfel“ von Rio de Janeiro ein Programm, um die Forderung „Global denken - lokal handeln“ weltweit mit Leben zu erfüllen. Die Lokale Agenda 21 fordert als „oberstes Ziel der Siedlungspolitik die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen und der Umweltqualität“. Dieser Gipfel und die 2. Wertsiedlungskonferenz Habitat II in Istanbul haben das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung (Sustainable Development) geprägt.

Der Leitgedanke: Nachhaltigkeit

Das Sustainability-Konzept ist abgeleitet aus dem Brundtland-Report, der 1987 von der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (unter Leitung der damaligen norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland) erarbeitet wurde. Darin steht: „Nachhaltige Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse einer gegenwärtigen Generation befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“ In der deutschen Übersetzung werden für sustainable neben nachhaltig auch die Begriffe dauerhaft, dauerhaft-umweltgerecht, zukunftsfähig, zukunftsverträglich usw. benutzt. Die Brundtland-Definition (kursiv) ist jedoch in ihrer bildhaften eindringlichen Schlichtheit optimale Arbeitsgrundlage und Roter Faden für alle Beteiligten der Lokalen Agenda.

Was ist bisher in Wilhelmshaven passiert?

Seit Sommer letzten Jahres haben unter Federführung der Volkshochschule und des Umweltamtes verschiedene Sitzungen zur lokalen Agenda 21 (LA 21) stattgefunden. Auf den ersten Treffen einigte man sich über Grundsätzliches und die weitere Vorgehensweise sowie auf einzeln zu bearbeitende Themen, die in weiteren Sitzungen getrennt abgehandelt wurden. Die Themen und das jeweilige Interesse daran sind unserer Statistik auf der nächsten Seite zu entnehmen.

Wir räumen ein, dass auch der GEGENWIND in der Vergangenheit geschludert hat in der Berichterstattung über das lokal wie global bedeutsame Programm Agenda 21. Aus Termingründen konnten wir erstmals im Oktober 99 an einer Sitzung teilnehmen, und von offizieller Seite haben wir bislang keine Informationen erhalten. Die Verantwortlichen haben Besserung gelobt, und wir schließen uns mit dieser „Startseite“ zur Agenda 21 in Wilhelmshaven an.

Wer ist in Wilhelmshaven am Agenda-Prozess beteiligt?

Eingeladen sind eigentlich alle BürgerInnen der Kommune, sich am lokalen Agenda-Prozess zu beteiligen. Es macht jedoch Sinn, vor allem die amtlichen und ehrenamtlichen Interessenvertreter verschiedenster gesellschaftlicher, sozialer, ethnischer, religiöser ... Gruppen anzusprechen. Engagierte BürgerInnen werden sich vor allem dort finden, und engagierte, aber nicht organisierte können dazustoßen, sofern sie die kleinen Notizen zu den Sitzungsterminen in der WZ entdecken und etwas damit anfangen können. Wer bislang eine spezielle Einladung (vom Umweltamt) erhalten hat, wissen wir nicht; wer einer Einladung gefolgt ist, ist unserer Statistik auf der nächsten Seite zu entnehmen.

Ablauf und Methoden der Arbeitstreffen

Die themenbezogenen Sitzungen dauern jeweils 3 Stunden. Im ersten Schritt werden die lokalen Stärken und Schwächen des gesamten Themenkomplexes - z. B. Arbeit und Wirtschaft - analysiert und thematisch zusammengefasst. Im zweiten Schritt werden Handlungsfelder, Ziele und Maßnahmen zu den einzelnen Bereichen erarbeitet.

Gearbeitet wird nach dem Metaplan-Prinzip, das für größere und vom Personen- und Interessenkreis uneinheitliche Gruppen geeignet ist. Zu Anfang beider Arbeitsschritte schreibt jede/r (anonym) seine/ihre einzelnen Gedanken zu der jeweiligen Fragestellung auf Pappkärtchen. Diese werden vom Moderator unter Beteiligung der Gruppe an eine Stellwand geheftet und dabei so sortiert, dass sich die groben Arbeitsziele herauskristallisieren und visualisieren (optisch verdeutlichen) lassen.

Sinn und damit gleichzeitig wichtigste „Spielregel“ dieses Verfahrens ist, dass jede/r Teilnehmer/in, unabhängig von Bildungs- und Wissensstand, von sozialer und politischer Herkunft, ob rhetorisch gewandt oder eher schüchtern, sich gleichberechtigt in den Prozess einbringen kann. Das ist bei der Agenda 21 besonders wichtig, da sie gewissermaßen als letzter Versuch etwas bewegen soll, was etliche mehr oder weniger gute Vor-

und Ansätze in der Vergangenheit nicht geschafft haben. Vor allem Kreativität bis hin zu visionärer Kraft ist gefragt, denn viele Ideen, die in ihrer Zeit unrealistisch erschienen, haben zu späterer Zeit die Menschheit vorangebracht und sind heute selbstverständlich.

Voraussetzung ist natürlich - und das liegt auch in der Aufgabe des Moderators - dass alle Teilnehmer/innen diese Spielregeln verstehen, akzeptieren und anwenden. Keine/r darf die Ideen eines anderen Mitglieds der Arbeitsgruppe zerreden, diffamieren, wegdiskutieren - es besteht ja gar kein Anlass, die eigenen Ideen zu „verteidigen“, soll es doch kein Kampf gegeneinander, sondern - endlich einmal - mit- und füreinander sein.

Schwächen des Wilhelmshavener Agenda-Prozesses

1. Viele sind zuständig, aber keine/r richtig. Es gibt in Wilhelmshaven keine Person, die hauptamtlich, und sei es nur befristet, als

Agenda-Beauftragte/r eingesetzt ist. Mitarbeiter der Volkshochschule und des Umweltamtes übernehmen neben ihren eigentlichen Jobs die Aufgaben, die mit der Koordination der Beteiligten, Einladung, Moderation und Auswertung der Arbeitstreffen verbunden sind.

In vielen anderen, auch kleineren Städten, gibt es hauptamtliche Agenda-Beauftragte. Oft sind sie im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme eingestellt, aber immerhin wird so über ein bis zwei Jahre der wichtige Initialprozess durchgängig und konzentriert begleitet.

2. Einmal ist keinmal. Zu allen Themenbereichen fand nur je eine Sitzung statt. Mit der Einladung für das nächste Thema wurde das Protokoll verschickt. Im kommenden Jahr sollen spezifische Arbeitskreise zu den einzelnen Themen ins Leben gerufen werden (die dann auch regelmäßig tagen und zielorientiert arbeiten müssten.) Dann ist aber die Motivation, die in den diesjährigen Kreativgruppensitzungen erzeugt wurde, schon

Nachhaltige Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse einer gegenwärtigen Generation befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“

Aus dem Brundtland-Report der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, 1987

Wilhelmshaven, Kirchreihe 68



Sa / So ab 10.30 Frühstücksbuffet 8,90 DM

*A Tribute to
Real Music*

wieder verfliegen und es kostet neue Energie, sie wieder zu beleben.

3. Komm ich heut nicht... Die Teilnehmer-schar war wenig konstant, was vielleicht mit dem unter 2. genannten zeitlichen Bruch zwischen guten Ideen und deren Umsetzung, mit greifbaren Ergebnissen und Erfolgen, zu tun haben mag. Nur für ein Protokoll opfert kaum jemand regelmäßig 3 Stunden Zeit.

4. Anders denken - und denken lassen. Viele Teilnehmer/innen haben **Sinn und Methoden** der Agenda 21 (noch) nicht begriffen. So kann mancher Rats-herr seinen politischen Hintergrund nicht einfach mal vor der Tür des Sitzungs-raumes gewissermaßen an die Garderobe hängen. Mancher meint, die Ideen Andersdenkender gleich wieder zerreden zu müssen. Und unsere Wirtschaftsvertreter haben schon ziemlich zu Anfang beschlossen, sich zunächst einmal untereinander abzusprechen, was dem querschnittsorientierten Ansatz der Agenda nicht entspricht.

5. Was ich nicht weiß... Die unter 4. genannten falschen Herangehensweisen haben vielleicht auch mit Nicht-Wollen, sicher aber

mit Nicht-Wissen zu tun. Unabdingbar für einen erfolgreichen Agenda-Prozess ist eine allgemeinverständliche und konstante lokale Information, z. B. eine Serie in der örtlichen Tageszeitung. Es gehört natürlich Geschick und Beharrlichkeit dazu, den Pressevertretern das Thema schmackhaft zu machen.

**Lokale Agenda 21
Themenbezogener Workshop
„Umwelt / Natur“
für alle interessierten
WilhelmshavenerInnen
am Mittwoch, 17. Nov. 1999
um 17 Uhr
in der Volkshochschule,
Virchowstr. 29, Raum 8
(1. Stock links)**

Wie geht es weiter?

Zunächst mit der letzten Kreativ-Sitzung, es bleibt noch ein Thema abzuhandeln: „Natur und Umwelt“ (s. Kasten). Einladungen werden nur an bisherige Teilnehmer verschickt, aber - um es noch mal deutlich zu machen - eingeladen sind alle Wilhelmshavener

BürgerInnen, ob als Einzelperson oder Vertreter/in eines Vereins oder sonstiger Gruppierungen!

Und dann wird es im nächsten Jahr, hoffentlich unterstützt von allen örtlichen Medien, an die konkrete, zielorientierte Umsetzung der in diesem Jahr gesammelten Ideen gehen. Wie Expo, nur anders, nämlich: Alle machen mit, und es kommt was dabei heraus. □

TRIANGEL

second-hand-shop

An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
Hifi-Komponenten, Literatur + Comics
u.v.m.
Bahnhofstraße 7 + 26382 Wilhelmshaven
Tel. (04421) 4 21 84

Kommentar

Verhaltene Nachhaltigkeit

„Wilhelmshaven ist ein klassischer Verstoß gegen jegliche Vernunft.“ Diese Äußerung eines Teilnehmers (aus „etablierten“ Kreisen) des letzten Workshops zur Lokalen Agenda 21 bringt es einmal auf den Punkt, warum in Wilhelmshaven immer alles anders und besonders schwierig ist. Ganz besonders die Lokale Agenda 21. Unsere Stadt, da pflichteten ihm andere Teilnehmer bei, ist ein Kunstprodukt, das ohne Kaiser und Hafen gar nicht in dieser Form existieren würde. Bislang setzt sich die gewohnte Mischung aus Halbherzigkeit und Filz auch in der Agenda durch.

Aber denken wir doch mal positiv. „Metropolis“ an der Jade war in der Geschichte schon so oft Spielwiese für Visionen - denken wir an die „Stadt der 400.000“-Visionen, die zum Glück nicht umgesetzt wurden, wie auch solche, die realisiert wurden, ohne unsere Lebensqualität im Ergebnis zu verbessern. Da muss doch Platz sein für die Vision der Agenda 21, wo Ökologie nicht als störende Nebensache, sondern als querschnittsorientierte Leitlinie für soziale, wirtschaftliche und kulturelle Handlungsfelder begriffen wird. Wo Nachhaltigkeit nicht auf Ökologie reduziert, sondern - den Menschen nicht als herrschendes, sondern schützenswertes Element der Ökologie begreifend - auf alle Handlungsfelder angewandt wird.

Schon wieder „grüne“ Spinnerei: „Ja, ABER...“ Ja, aber, wenn wir in Wilhelmshaven doch nichts zu verlieren haben - warum denn nicht? Oder: Was denn sonst?

Imke Zwoch

Beteiligung an den Agenda-Sitzungen

Teilnehmer/innen	16.7.98	25.2.	30.3.	25.5.	29.6.	20.7.	31.8.	19.10	Gesamt
Stadt Wilhelmshaven									
VHS	1	2	1	2	2	2	3	3	8
Stadtrat Graul	1		1	1	1	1		1	6
Untere Naturschutzbeh.	1	2	1	1	1	1		1	7
Umweltamt	2	1	1	1	1	1	1	1	8
Stadtplanungsamt	1	1							2
Stadtentwicklung	1	1	1	1	1				5
Frauenbeauftragte	1		1		1	1			4
Projekt GmbH	1								1
Wattenmeerhaus	1					1			2
Stadt sonstige					2		1		2
Vereine / Verbände									
BUND	1	1	1	2	1		1	4	7
NABU	2		1						2
Ev.-luth. Kirchenkreis		2	2	1	1	1	1	1	7
IHK	1								1
Kreis handwerklerschaft	2								1
Neue Wege e.V.		1		1	2			2	4
DGB Whaven	1	1		1	1	1		1	6
Frauenring	2			1		1			3
Wilhelmshavener helfen								1	1
Politik									
OB Merzel	1								1
SPD		1						1	2
FDP	1	1	1	1	1	1	1	1	8
CDU			1	1				1	3
Bürger/innen			2	5	4	3	2	4	6
Fachhochschule					1				1
Gesamt	21	14	14	19	20	14	10	22	

untere Zeile: Anzahl TeilnehmerInnen/Sitzung; rechte Spalte: Anzahl Sitzungen/Gruppe

Tabelle: Spitzenreiter (abgesehen von der Anwesenheitspflicht von Mitarbeitern der VHS und des Umweltamtes) ist FDP-Rats-herr Dr. Michael von Teichman, der bisher auf keiner Sitzung gefehlt hat. Übrigens vermittelte er am 19.10. (als auch der Gegenwind dabei war) er als einziger anwesender Politiker den Eindruck, das Agenda-Prinzip verstanden zu haben. Von den Vereinen und Verbänden waren der BUND und die evangeli-

sche Kirche am fleißigsten, dicht gefolgt von Monika Schwarz als Vertreterin des DGB-Ortskartells und BürgerInnen (je 6x).

Themen der Sitzungen: 16.7.98 und 25.2.99: Grundsätzliches; **30.3.99:** Vorgehensweise; **25.5.99:** Klimaschutz, Energie; **29.6.99:** Flächennutzung, Verkehr; **20.7.99:** Bildung, Kultur; **31.8.99:** Soziales; **19.10.99:** Wirtschaft und Arbeit; **17.11.99:** Umwelt, Natur

Die
kulinarische Verführung
in Deichnähe

Jeden Tag von 10:00 - 02:00 Uhr

METROPOL

im Pumpwerk

Restaurant - FrühstücksCafé - Mittagstisch
Biergarten - Live Music & Kinder Spielplatz
WhiV, An der Deichbrücke Tel. 04421-43660

AUS DEM INNENLEBEN DER „DRITTEN SÄULE“

RADIO JADE AUF DEM PRÜFSTAND: DIE NIEDERSÄCHSISCHE LANDESMEDIENANSTALT LEGT BERICHT ÜBER DIE ARBEIT DES NICHTKOMMERZIELLEN RUNDFUNKS VOR

(hk) Radio Jade ist für die meisten Gegenwind-LeserInnen mit Sicherheit zu einer festen Informationsquelle geworden. Die niedersächsische Landesmedienanstalt (NLM) legte im Sommer 1999 ihren Bericht zum „Betriebsversuch von nichtkommerziellem lokalem Hörfunk (NKL) und Offenen Kanälen in Niedersachsen“ vor, der sich auf die Ergebnisse der Begleitforschung durch emnid und mct (media consulting team) stützt.

Der Gesetzgeber hat den spezifischen Programmauftrag der NKLs zusammengefasst:

- 1.) Das Programm muss sich inhaltlich-thematisch und formal von den Programmen etablierter kommerzieller und öffentlich-rechtlicher Hörfunkanbieter deutlich unterscheiden.
- 2.) Die lokale Berichterstattung muss ein Programmschwerpunkt sein.
- 3.) Soziale, kulturelle und politische Aktivitäten des Sendegebietes sind in die Programmarbeit zu integrieren.
- 4.) Gruppen, die ansonsten in medialen Angeboten unterrepräsentiert sind, ist eine publizistische Artikulationsmöglichkeit zu schaffen.

(...) Die lokale Presselandschaft in Niedersachsen ist mit fast 70 Prozent durch eine Monopolsituation in Form von Ein-Zeitungskreisen gekennzeichnet. Vor diesem Hintergrund ist mit der Einführung des nichtkommerziellen lokalen Hörfunks im lokalen Nahraum durchaus eine institutionelle publizistische Ergänzung entstanden, ohne dass hiermit bereits gesagt ist, dass die NKLs auch tatsächlich eine thematisch-inhaltliche Ergänzungsfunktion wahrnehmen. (Alle kursiv gedruckten Passagen: Zitate aus: NLM – Ergebnisse der Begleitforschung – Zusammenfassung)

Die NLM kommt in ihrem Papier letztendlich dann doch zu der Einschätzung, dass die NKLs aufgrund ihrer teilweise exklusiven lokalen Berichterstattung eine Ergänzungsfunktion zu den konkurrierenden Hörfunkanbietern (NDR, Antenne, ffn) erfüllen.

Kritischer sieht die NLM allerdings die geforderte formale Unterscheidbarkeit von den anderen Hörfunkanbietern: *Es scheint so, als ob die NKL-Programmproduzenten die radiphonen Möglichkeiten des Hörfunks nicht kennen oder nicht für ihre Programmpraxis nutzbar machen wollen oder können. Insofern wirkt ihr Berichterstattungsrepertoire spärlich, akustische Möglichkeiten – neben Sprache, Musik und Jingles – wie Klänge, Hintergrundgeräusche, O-Töne, szenische Dokumentationen usw. werden kaum ausgeschöpft. Radiphone Experimente im Sinne einer formalen Weiterentwicklung des Mediums finden überhaupt nicht statt.*

Kaum wiederzufinden sind, so die Lan-

desmedienanstalt, in den Programmen die beiden weiteren Punkte des Programmauftrages, nämlich die Integration sozialer, kultureller und politischer Aktivitäten und die Schaffung publizistischer Artikulationsmöglichkeiten für unterrepräsentierte Gruppen. *Bei Radio Jade und bei Radio Aktiv sind sie in der Programmpraxis kaum „wiederzufinden“.*

Des weiteren stellt die NLM, auf Grundla-



ge der Untersuchungen fest, dass die Sender mit hohen Wort- und Informationsanteilen und lokaler Informationsgebung durch eine große Anzahl von Hörern belohnt werden.

Zu diesen Sendern gehört auch Radio Jade!

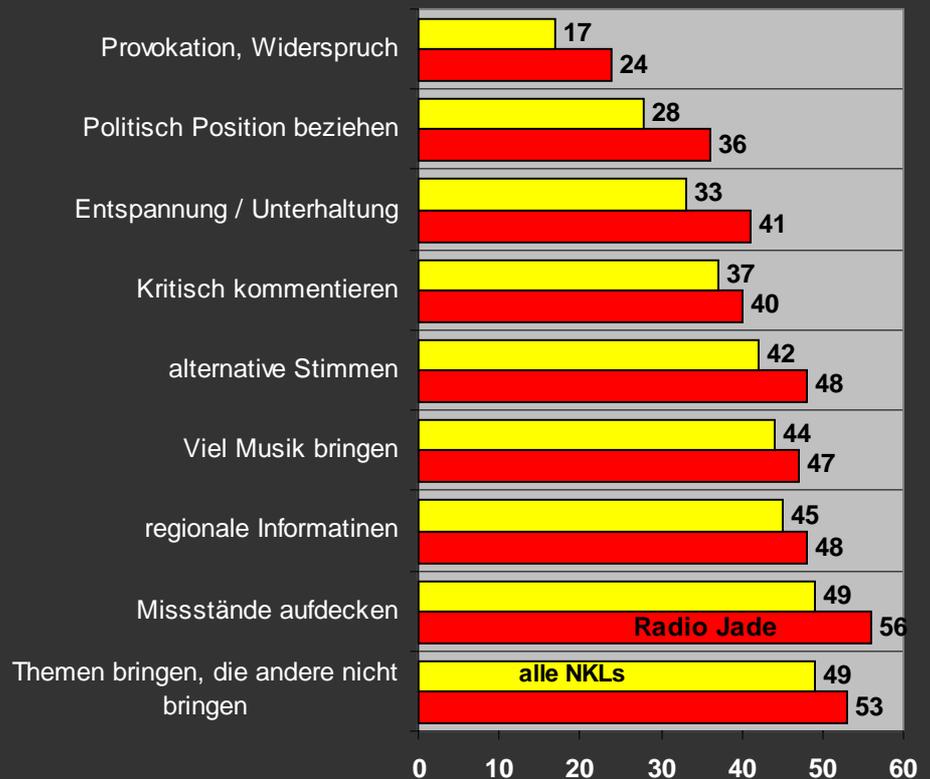
Bewertend und ausblickend stellt die Landesmedienanstalt fest: *Die nichtkommerziellen Radios sind insgesamt als eine Bereicherung der niedersächsischen Hörfunk- und Medienlandschaft anzusehen. Sie erfüllen wesentliche Teile ihres Programmauftrags und ergänzen die lokale Publizistik.* □

Zitate aus den Untersuchungen in bezug auf Radio Jade

Das Stichwort vom „kleinen NDR“ ist schon gefallen. Es umreißt unseres Erachtens auch die Programmphilosophie der hauptamtlichen Redaktion von RADIO JADE. (...) Sie wollen nicht das Radio neu erfinden, sondern eine Informationswelle im Nordwesten etablieren, die den alteingesessenen Printmedien Paroli bieten kann.

Die hauptamtlichen Redakteure haben senderintern einen großen Einfluss: Sie nehmen die Beiträge ab, bevor sie gesendet werden. Der Redaktionsleiter oder ein Vertreter hat das Recht, Beiträge als nicht sendefähig abzulehnen. (...) De facto kann der Programmausschuss Entscheidungen des Redaktionsleiters nur noch im Nachhinein kritisieren oder sanktionieren.

Wichtigkeit von Eigenschaften des Lokalfunks



SUSANNES OHRRING
Gökerstr. 39 Tel+Fax 31860

Wunderschöne
Geschenkideen

z.B. Silberschmuck
mit

- ◆ Mondstein
- ◆ Granat
- ◆ Lapis

Durchgehend geöffnet
9.30 - 18.30; Sa. 9.30 - 13.00

„Wann werden die Menschen begriffen haben, dass sie Lohnnebenkosten sind?“

THOMAS EBERMANN UND RAINER TRAMPERT IM DEZEMBER IN WILHELMSHAVEN

(iz/-afb) „1999 ist das Jahr der Jubiläen, der nachhaltigen Bewältigung, der großen Denker, der kleinen Durchbrüche auf dem Weg in die Zukunft. Aber auch das Jahr der ängstlichen Frage: Verpasst Deutschland den Anschluss an das Dritte Jahrtausend?“

Auf Einladung des Antifaschistischen Bündnisses Wilhelmshaven werden Thomas Ebermann und Rainer Trampert sich am 6. Dezember 1999 in der Perspektive „analytisch und sarkastisch, auf alle Fälle kritisch, mit der Frage beschäftigen, die sich alle stellen, weil sie allen gestellt wird.“

Ebermann und Trampert, vormals führende Vertreter des linken Flügels der Grünen, leben und arbeiten als Publizisten in Hamburg. Sie veröffentlichen in verschiedenen Zeitschriften wie *Konkret* oder *Jungle World*.

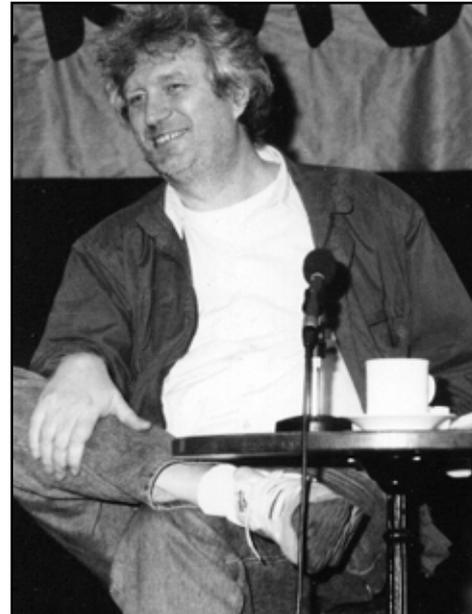


wohnt gut strukturierter - Rundumschlag gegen Koalitionen, Kapitalismus und Krieg.

Der Katalog der Detailfragen (s. Titel dieser Ankündigung), mit denen die beiden sich beschäftigen werden, ist zu vielfältig und umfangreich, um ihn hier abzudrucken. Wir wollen aber auch nicht zu viel vorwegnehmen. So viel sei gesagt: Wer nicht hinget, verpasst etwas. Selbst wer es überdrüssig ist, sich noch aktiv mit Politik und Gesellschaft auseinanderzusetzen, wird sich von der einprägsamen Semantik mitreißen lassen. Manchmal sind die beiden ein wenig selbstverliebt in ihre durchgängig pointierte Wortwahl, wodurch sie auch Widerspruch provozieren - und dann ist man rasch auch in der inhaltlichen Diskussion verfangen und damit nach Ende der Veranstaltung noch lange nicht fertig.

Thomas Ebermann und Rainer Trampert am Montag, 6. Dezember 1999, um 20 Uhr in der Perspektive Wilhelmshaven, Schellingstr. / Freiligrathstr.

*Thomas Ebermann / Rainer Trampert: *Die Offenbarung der Propheten*. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1995. ISBN 3-89458-5. 39.- DM.



Vor 3 Jahren zog Ebermann 40 Wilhelmshavener Querdenker/innen oder solche, die es werden wollten, mit einer zweistündigen Lesung und ebenso langer anschließender Diskussion in seinen Bann (s. Gegenwind Nr. 136 vom August 1996). Ging es in dem damals vorgestellten Buch *Die Offenbarung der Propheten** darum, die Linken aus ihren Schmollecken und Kuschecken zu holen, so sind die jetzt angekündigten Themen ein - allerdings ge-

Günstiges Baugeld

Zins p.a.: **6,08 %** bei 100 % Auszahlung
Zinsfestschreibung: 10 Jahre
anfänglich effektiver Jahreszins: 6,12 %
oder

Zins p.a.: **5,90 %** bei 100 % Auszahlung
Zinsfestschreibung: 5 Jahre
anfänglich effektiver Jahreszins: 5,38 %
(freibleibendes Angebot)

Die Tilgung kann mit Lebensversicherungen der VPV VERSICHERUNGSGRUPPE erfolgen

Weitere Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:
Holger Janßen Tel.: 04421 / 81144



VERSICHERUNGSGRUPPE

ROCK FISCHE

MUSIKKNEIPE IM SÜDEN
DER STADT

Mainstraße 22, Wilhelmshaven
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

UNVERBINDLICHER INFORMATIONSVORTRAG ÜBER TRANSCENDENTALE MEDITATION

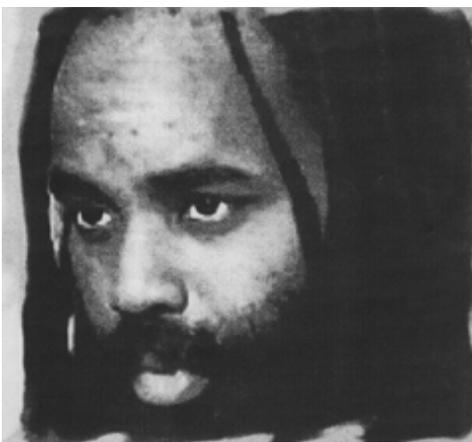
DONNERSTAG, 18. NOVEMBER 1999 um 20.00 UHR
IN DEN RÄUMEN DER NATURGESETZPARTEI,
RHEINSTR. 126 (NÄHE NORDSEEPASSAGE).
TEL.: 04421-560412; FAX: 04421-560415,
E-MAIL: info@tm-wilhelmshaven.de,
INTERNET: http://www.tm-wilhelmshaven.de

„Legale“ Folter

Die US-amerikanische Justiz ist derzeit in aller Munde: Ein kleiner Junge sitzt im Knast, weil er sich an seiner Schwester vergangen haben soll. Doktorspiele, von einer allzu aufmerksamen Nachbarin ganz im Sinne der sauberen Clinton-Gesellschaft kolportiert. Die Welt schreit auf. Zu recht. Der kleine Raoul, bis jetzt vielleicht ein normaler Junge, wird, wann immer er das Gefängnis verlässt, nie wieder ein normaler Mensch sein können. Aber er und Tausende jugendlicher Mitgefangener in US-Knasten sind nur die Spitze des Eisbergs, in dem das „freieste Land der Welt“, die „Hüter der Menschenrechte“, alles einfrieren, was nicht in ihre Ordnung passt. Das System wird so unerbittlich

sauber gefegt wie die Straßen. Über Raoul dürfen wir die anderen nicht vergessen. Zum Beispiel Mumia Abu-Jamal, der seit fast 20 Jahren in der Todeszelle auf seine Hinrichtung wartet. Der afroamerikanische Journalist setzte sich für die Menschenrechtsbewegungen Black Panther und Move ein, war Präsident der Vereinigung

der Schwarzen Journalisten von Philadelphia und hatte den Beinamen „Voice of the Voiceless“ - Stimme der Unterdrückten. Er war der Stachel im Fleisch einer Gesellschaft, die von der Unterdrückung der Andersdenkenden, der Andersfarbigen, der Armen lebt, und musste aus dem Weg geräumt werden. 1982 wurde er wegen des angeblichen Mordes an einem weißen Polizisten zum Tode verurteilt. Die tödlichen Projektile stammten jedoch nicht aus seiner Waffe (die er, als Taxifahrer arbeitend, bei sich trug); immer neue Belastungszeugen wurden mit immer neuen Aussagen in das grausame Spiel gebracht, während Entlastungszeugen unter immer neuen Vorwänden abgelehnt wurden. Jamals „Schuld“ besteht darin, friedlich für die Freiheit aller Amerikaner gekämpft zu haben; selbst aus der Todeszelle publizierte er weiter und weiter. Der Abgeordnete McGeehahn aus Pennsylvania brachte es auf den Punkt: „Ob er einen Polizisten umbringt oder einen Buchvertrag im Gefängnis unterschreibt - für das eine wie das andere wird er büßen!“ 1995 wurde erstmals ein Hinrichtungstermin festgelegt - und wegen weltweiter Proteste wieder aufgehoben. Im Oktober 1999 unterschrieb der Gouverneur von Pennsylvania erneut eine Anordnung zur Hinrichtung für Anfang Dezember, die nun wieder aufgehoben wurde.



Die Existenz der Todesstrafe, die eine „zivilisierte“ Gesellschaft als barbarisch entlarvt, und die „normalen“ Todeszellen sind schon schlimm genug; doch mit Unterzeichnung der Hinrichtungsanordnung wird der Verurteilte in eine Plexiglaszelle verbracht, die 24 Stunden am Tag beleuchtet und von einer Kamera überwacht wird. Der „Sinn“ dieser seelischen Folter besteht darin, die Verurteilten und ihre Anwälte so unter Druck zu setzen, dass sie die ihnen verfassungsgemäß zustehenden Möglichkeiten zur Revision bzw. Verfahrensprüfung nicht hinreichend ausschöpfen können. Diese Folter endet mit der Hinrichtung oder, wie jetzt im Fall Jamal, mit der Rückverlegung in den Todestrakt und einer Wiederaufnahme des Verfahrens. In den

letzten beiden Instanzen, die Jamal und seinem Verteidiger zur Verfügung stehen, scheinen sie nach aktuellen Berichten zum ersten Mal auf einen Richter zu stoßen, der weniger voreingenommen ist und wirklich zuhört.

Wieder sind weltweite Aktionen notwendig, um Jamal, symbolisch auch für alle Leidensge-

nossen, zu unterstützen. Gefordert sind die endgültige Aufhebung des Todesurteils und endlich ein faires Verfahren, das zu seiner Freilassung führt. Wie schon 1995 fordern das Antifaschistische Bündnis und die Bürgerinitiative gegen Ausländerfeindlichkeit alle WilhelmshavenerInnen auf, sich an diesen Protestaktionen zu beteiligen. Jede/r kann mit einer vorbereiteten Postkarte die genannten Forderungen an den Gouverneur von Pennsylvania stellen. Die Karten sind für DM 2.- (Portokosten) bei den Initiatoren zu beziehen.

Informations- und Diskussionsveranstaltungen im Willy-Bleicher-Zentrum (Gewerkschaftshaus, Kielerstr. 63)

◆ **10. November 1999, 20 Uhr: Interview mit Mumia Abu-Jamal (Video)**

◆ **24. November 1999, 20 Uhr: Die Geschichte der Black Panther (Video)**

Das Antifaschistische Bündnis trifft sich jeden Mittwoch um 20 Uhr im Willy-Bleicher-Zentrum. Postkarten für das Gesuch an den Gouverneur und weitere Informationen sind dort erhältlich oder über Rolf Meyer, Tel. 04421-44044. (iz)

KULTUR - KOMMUNIKATION

HOTEL KLAWG KLAWG

**Börsenstr.73
Ecke Mitscherlichstr.
MUSIK FÜR DICH**

**Frühstücken
Partys - Konzerte**

Freitag, 12. November
- Konzert-des-Monats -
**DAS WEETH
EXPERIENCE**
WÜSTENROCK | Zwischen Neil Young'scher Verträumtheit
Hendrix-Blues und Agressiven Krautrock Trips
**FRANK BEAUTY and The
LONGHORNS**
Country-Surf-Las Vegas Show !

Freitag, 19. November
SKA ! SKA ! SKA !
SKA SENSATION
Fantastic - 7-piece northcoast Ska-Band

Freitag, 3.12.
- Konzert-des-Monats -
FINK
Der Support der letzten ELEMENT OF CRIME Tournee
Country ohne Country

Tip des Monats Freitag, 17.12.
THE GODFATHERS

25. Dezember
SURF a Go Go with the original
THE REVELAIRES

In Vorbereitung:
Freitag, 28. Januar
CONSOLIDATED

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak und
Herward Meier
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70



Ständige Termine



Wilhelmshavener Gruppen und Verbände

ADFC (Allgemeiner deutscher Fahrrad-CLUB) Kreisverband Wilhelmshaven: Treffen jd. 1. Mi. im Monat, 20 Uhr, Ruschelei. Kontakt: 04421-83221.

AKTIONSGEMEINSCHAFT GEGEN MÜLL-VERBRENNUNG: Kontakt: Tel. 303688 oder 34734.

amnesty international (ai): jd. 1. und 3. Do. ab 19.00 Uhr, Treffen für Mitglieder, FörderInnen und Interessierte, Kommunikationszentrum Perspektive", Freiligrath-/Ecke Schellingstr., WHV (keine Treffen im August)

ANTIFASCHISTISCHES BÜNDNIS WILHELMSHAVEN: Mi. 20 Uhr, Willi-Bleicher-Zentrum, Gewerkschaftshaus, Kieler 63.

ARBEITSKREIS SEXUALISTISCHER MACHTMISSBRAUCH IN THERAPIE UND BERATUNG: c/o Schlüsselblume, Tel. 12984.

ARBEITSLOSENINITIATIVE: Beratung: Mo 9-13, Do 9-13 + 16.30-18.30 Uhr u. nach Absprache; Treffen jd. 2. Di. im Monat, 10 Uhr; jeweils im Gewerkschaftshaus, Kieler Str. 63. Tel. 180130 u. 180131, Fax: 180139

ARBEITSPLATZINITIATIVE FÜR FRAUEN: Mühlenweg 67; Tel. 305966; Beratungszeiten: Mo.-Do. 8-17 Uhr, Fr. 8-12.30 Uhr

AUSLÄNDERBEIRAT DER STADT: Rathausplatz, Eingang Passage, Zi. 26, Tel. 161281

AUTONOME ANTIFA: Jd. 2. & 4. Do. in der Lesestube

BUND FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ IN DEUTSCHLAND (BUND): KG Wilhelmshaven Jd. letzten Di. im Monat 20 Uhr, Rüstersieler Hof, Kontakt: 04421-82352 u. 81307.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Grünes Büro, Ulmenstr. 26; Tel.: 37120; Bürozeiten: Mo.-Do. 16 - 18 Uhr. Kommunal AG: montags vor der Ratssitzung. Mitgliederversammlung siehe Aushang am Büro und Presse

BÜRGERINITIATIVE GEGEN AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT (BIGAF): Tel. 44044

BÜRGERINITIATIVE UMWELTSCHUTZ WILHELMSHAVEN (BUW): H. Klöpfer, Tel. 04421 44000

DFG/VK: Jd. Di um 20 Uhr im TARISH

DGB-SENIOREN: Jd. 1. u. 3. Mi im Monat, 15.30 Uhr, AWO, Papingastr.

EV. ENTWICKLUNGSHILFEKREIS: jd. 2. + 4. Mo. (außer Ferien und Feiertage) um 19.30 Uhr im Gemeindehaus Heppenser Str. 29, Tel 83305

FRAUENCAFÉ "BACKSTUBE": jd. 3. Sa. ab 17 Uhr Buchladen "lesen und schreiben", Albrechtstr. 10

FRAUENHAUS: "Frauen in Not" Tel 22234, Tag- und Nachtbereitschaft

GEGENWIND: Tel. 04421/994 990-Fax: 04421/ 994 991; email: gegenwind.whv@t-online.de

GRAUE PANTHER: Jd. Mo. ab 16 Uhr, Kirchreihe 18a.

GREENPEACE: jd. Mi. um 20 Uhr Jugenzentrum Krähenbusch (Seiteneingang) Kontakt: 04421-23114 (Marko) + 04423-2425 (Lars); eMail: gp-wilhelmshaven@gaia.de; Internet: <http://www.planet-inter-kom.de/f.jochims>

HOSPIZ-INITIATIVE: Kirchreihe 102, Tel.: 04421/745258; Mo., Mi. u. Fr.: 9-12 Uhr; Do.: 15-18 Uhr; Ansprechpartnerin; Sieglinde Pfaff

JUSOS IN WHV: jd. Do. im Seminartrakt des SPD-Bürgerbüros

LANDEsarbeitsgemeinschaft "ROCK" e.V. Regionalbüro Wilhelmshaven Dates telefonisch vereinbaren! Fon: 44149, Fax: 42773, Nottelefon: 0171 6444554, eMail: andreas.kout@t-online.de

LESESTUBE: Lesestube@anti-social.com & Antifa-WHV@anti-social.com, Marktstr. 165

PAVILLON: Blumenstr. 15-17; Mo.-Fr. 14-21 Uhr

PROBLEMTelefon-Telefonseelsorge: rund um die Uhr: 0800-111 0 111 (gebührenfrei)

PRO FAMILIA: Schwangerschaftskonflikte, §218, soziale und psychologische Beratungsstunden für Jugendliche und Erwachsene, Peterstr. 47, Tel. 25080

RADIO JADE: Jd. 1. Dienstag im Monat ab 18.30 Uhr: Studiobesuch für Interessierte

RAN (Regionale Arbeitsstelle zur beruflichen Eingliederung junger Menschen in Niedersachsen) Büro: Paul-Hug-Str. 60, Tel.: 13 66 66, Fax: 13 66 01, Mo.-Do. von 9-12 und 14-17 Uhr sowie nach Vereinbarung

SCHLÜSSELBLUME e.V.: Beratungs-, Kontakt- und Informationsstelle gegen sexuelle Gewalt an Mädchen und Jungen; Weserstr. 192; Tel. 201910.

SCHWULENGRUPPE: (Wilhelmshaven-Nordsee) c/o Wolfgang Rothoff, Oststr. 5, 26384 Wilhelmshaven, Tel.: 04421/996513, Fax: 996514; email: sgn_whv@t-online.de; Homepage: <http://www.WestHollywood/village/6031/sgn.html>

SELBSTHILFEGRUPPE SUCHTKRANKER FRAUEN: jd. Mo 19.30 Uhr, Diakoniewerk, Werftstr. 71. Kontakt: 303664 o. 74252.

SJD/DIE FALKEN: jd. Di. 19.30 Uhr, Jugendheim Kirchreihe 18a

SOS-BERATUNGSSTELLE UND WOHNGRUPPE für Jugendliche und junge Erwachsene: Danziger Str. 31; Tel.: 12711; Putziger Str. 3; Tel.: 53313; Termine nach Vereinbarung

STADTSCHÜLERRAT: Jd. 1.+3. Mo. im Monat (außer Ferien) 16-17 Uhr Jugendheim Kirchreihe 18a;

STILLGRUPPE im St Willehad-Hospital; Mi. 10-11.30 Uhr, Wochenstation, Raum 549

TEESTUBE BANT: Teestube der evang. Jugend Bant, Werftstr. 75; Di. und Do. 15 - 19.00 Uhr, Fr. 15 - 20.00 Uhr, Tel.: 26255

TERRE DES HOMMES: AG Wilhelmshaven, Kontakt: 04421/81200

TIERRECHTSBEWEGUNG: Hauptstr. 2, Middelstfähr; Tel. 04421/701055; Treffen am letzten Sonntag im Monat im Spectakel, Rheinstr.

TRIALOG: (Erfahrungsaustausch zwischen Psychose-Erfahrenen, Angehörigen und professionellen HelferInnen) jeden 2. Do. im Monat, 18 bis 20 Uhr, Ev. Familienbildungsstätte (Kantstraße 9)

VERBAND ALLEIN ERZIEHENDER MÜTTER UND VÄTER: Treffen mit Kids jd. So. um 15.00 Uhr, Kirchreihe 18a; Kontakt: Tel.: 04421/31007

VVN-BUND DER ANTIFASCHISTEN: jd. 1. Mo. 20 Uhr Jugendheim Kirchreihe 18a

WENDEPUNKT E.V. Sozialpäd. Familienhilfe, Erziehungsbeistandschaft, soz. Gruppenarbeit nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz, Rheinstr. 168, Tel.: 204066

WILHELMSHAVENER AIDS-HILFE: Bremer Str. 139; Tel. 21149 (Büro); Öffnungszeiten Mo-Fr 10-16 Uhr, Offenes Café Mo-Fr 13-16 Uhr, tel. Beratung unter 19411 Mo-Fr 10-16 Uhr; persönl. Beratung u. Gruppenveranst. nach Absprache.

WILHELMSHAVENER HELFEN: Annahme für Kleidung, Wäsche, Spielzeug, Haushaltsg., Kleinmöbel, Kontakt: Isolde Stump, Rosenstr. 7, Tel.: 33682

WILHELMSHAVENER MUSIKINITIATIVE e.V.: Banter Deich 8 (MusikerInnenhaus beim Pumpwerk) 26382 Whaven, Kontakt: André Schulze, Andreas Koüt, Mo.&Fr. 10.00 - 14.00 Uhr, Mi. 11.00 - 18.00 Uhr, Tel. 44699, Fax: 994378, Nottelefon: 0171 6444554, eMail: wilhelmshavenermusikinitiative@t-online.de

WILLI-BLEICHER-ZENTRUM: Mo.-Do. 19-22 Uhr, Gewerkschaftshaus Kielerstr. 63

Wir bitten die aufgeführten Gruppen gegebenenfalls um Korrekturen. Sie wollen mit aufgenommen werden? Rufen Sie uns an oder senden Sie uns eine eMail: gegenwind.whv@t-online.de